

INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

Januar–März 2013



1 | 2013

Statistisches Bundesamt

Herausgeber	Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats
Internet	www.destatis.de
Schriftliche Anfragen	www.destatis.de/kontakt
Fragen zum Heft	„Informationen aus der amtlichen Statistik“ Nr. 1/2013 Telefon +49 (0) 611 / 75 45 51
Statistischer Informationsservice	Telefon +49 (0) 611 / 75 24 05
Erscheinungsfolge	vierteljährlich
Erscheinungstermin	Im April 2013
Fotorechte	©Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
© Statistische Bundesamt, Wiesbaden 2013	Vervielfältigungen und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt	<i>Seite</i>
Editorial	
Das Jahr der Jubiläen	5
60 Jahre Eurostat: Aktive und enge Zusammenarbeit wichtiger denn je Stellungnahme der Mitglieder des Europäischen Statistischen Systems zu den jüngsten Ereignissen hinsichtlich ELSTAT in Griechenland	6
Veranstaltungen	
16. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) am 7. Februar 2013 in Luxemburg	7
44. Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UN)	8
50 Jahre Sachverständigenrat: Festveranstaltung in Berlin	13
Das Statistische Bundesamt auf den Fachmessen Didacta und CeBIT 2013	14
Amtsleiter aus Bosnien-Herzegowina zu Besuch	15
Besuch aus Tunesien	15
Startschuss für Phase 2 im Kasachstan-Projekt	16
Künftige ägyptische Ständige Wahlkommission besucht den Bundeswahlleiter	17
Der Termin für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag steht fest	18
Vorankündigung: Workshop „Methoden der empirischen Sozialforschung in amtlichen Haushaltsstatistiken“	19
Auf ein Wort	
Leiter der Abteilung H – Karl Müller	20
Fachspezifisches im Fokus	
Gesamtkatalog 2013	24
Regio-Stat-Katalog 2013	24
Enquete-Kommission benennt zehn Indikatoren zur Wohlfahrtsmessung	25
Kind und Beruf: Nicht alle Mütter wollen beides	26
Bildungsfinanzbericht 2012	27
Kulturfinanzbericht 2012	28
89,7 % der Auszubildenden bestehen Abschlussprüfung	28
2011 hatten 22 % der Anfänger einer beruflichen Ausbildung eine Studienberechtigung	29
Beschäftigung im Gesundheitswesen im Jahr 2011 um 1,8 % gestiegen	30
Mehr Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen	31
Bruttoinlandsprodukt 2012	32
„Made in the world“ – Internationale Handelsströme neu vermessen	33
Arbeitsmarkt: Stabile Entwicklung in unsicheren Zeiten	34
Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich?	34
Verbraucherpreisindex: Turnusmäßige Überarbeitung 2013	35

Inhalt

Trinkwasser wird überwiegend aus Grundwasser gewonnen	35
IKT-Branche in Deutschland: Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung Ausgabe 2013	36
Fachausschuss „Verkehrs- und Tourismusstatistiken“	37
Kontakt zur Redaktion	38
Personalnachrichten	
Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt	39
Statistisches Bundesamt	39
Anhang	
Tagungskalender	40
Sach- und Personenregister zum Jahrgang 2012 der „Informationen aus der amtlichen Statistik“	43
Übersicht der im Jahre 2012 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen	55
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: März 2013	60

Das Jahr der Jubiläen...

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,



wir sind mittendrin, [im Internationalen Jahr der Statistik 2013](#). Ausgerufen vom Internationalen Statistischen Institut und unterstützt von über 1 700 Organisationen, Verbänden und Institutionen lenkt es die Aufmerksamkeit der Statistik-Nutzer auf die Datengrundlage hinter unseren alltäglichen Entscheidungen. Ziel ist aber nicht nur, für die Entscheidungsgrundlage zu sensibilisieren, sondern auch das Berufsfeld „Statistiker“ bekannter zu machen. Auf der dazugehörigen deutschen Webseite www.statistik2013.de laufen hierzu bereits zwei Wettbewerbe: „Statistik-App des Jahres 2013“ und der Wettbewerb „Statistische Irrtümer“.

Parallel zum internationalen Jahr der Statistik wurde auf Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) das Wissenschaftsjahr 2013 dem Thema „[Die demografische Chance](#)“ gewidmet – auch das BMBF rückt damit die Statistik in den Mittelpunkt. Es stehen dabei unter anderem die Bevölkerungsentwicklung, statistische Prognosemodelle und die Messung von Lebensqualität auf der Agenda. Dass 2013 gerade die Bevölkerungsstatistik im Mittelpunkt steht, freut mich besonders, da wir in diesem Jahr gleichfalls das 40. Lebensjahr des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) feiern, welches ebenfalls hier in Wiesbaden sitzt. Die Leibniz-Gemeinschaft hat zum Wissenschaftsjahr eine große [Wanderausstellung](#) rund um das Thema Demografie vorbereitet, die pünktlich zur 60. Jahrestagung des Statistischen Beirats am 23. Mai 2013 in Mainz gastiert.

Gemeinsam mit dem Statistischen Beirat feiert im Jahr 2013 unsere nationale Rechtsgrundlage für Bundesstatistiken seinen 60. Geburtstag. Mit dem [Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke \(StatGes\) vom 3. September 1953](#) durch § 4 wurde „Der Statistische Beirat“ geschaffen, der noch heute das Statistische Bundesamt in allen wichtigen Grundsatzfragen berät. Eine weitere wichtige statistische Institution aus dem Jahr 1953 ist das Statistikamt der Europäischen Union, Eurostat, welches am 7. Februar in Luxemburg sein Jubiläum gefeiert hat (einen ausführlichen Artikel finden Sie auf S. 6 in diesem Heft).

Zehn Jahre nach dem Statistischen Beirat und Eurostat, also heute vor 50 Jahren, wurde der Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gegründet. Ein Festakt hierzu fand am 20. Februar in Berlin statt (einen ausführlichen Artikel finden Sie auf S. 13 in diesem Heft).

Das Jahr Null feiert heute das neue Layout unserer „Informationen aus der amtlichen Statistik“. Wir haben dem Quartalsheft ein neues Titelbild spendiert und den Inhalt neu strukturiert. Thematisch werden Sie weiterhin die gewohnte Körnung vorfinden: Aktuelles, Übergreifendes und Fachspezifisches aus dem Arbeitsalltag in den Abteilungen meines Hauses. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre!

Und wenn Sie weitere Fragen haben, nur zu: www.destatis.de/kontakt oder direkt unter der Rufnummer +49(0) 611 75 2405.



Ihr Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes



60 Jahre Eurostat: Aktive und enge Zusammenarbeit wichtiger denn je



Zum 60. Jahrestag der Eurostat-Gründung hat der Generaldirektor Eurostats, Walter Radermacher, das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) und seine Bedeutung für die EU gewürdigt. In einer kurzen Ansprache im Rahmen der AESS-Sitzung am 7. Februar 2013 in Luxemburg (siehe auch Beitrag 16. Sitzung des AESS auf Seite 7) zeichnete der Generaldirektor Eurostats sechs Jahrzehnte Euro-

stat-Geschichte seit 1953 nach. Gleichzeitig gab er einen Ausblick auf Perspektiven der amtlichen europäischen Statistik, für die heute wie in der Zukunft eine aktive und enge Zusammenarbeit wichtiger denn je ist.

Walter Radermacher gab zu bedenken, dass in der Zukunft die Politik, in ihren Entscheidungsprozessen auf hochwertige Statistikdaten angewiesen sei. Die amtliche Statistik liefere einen ganz wesentlichen Beitrag zu Transparenz und öffentlicher Nachprüfbarkeit, auf europäischer wie nationaler Ebene. Im Zeichen des Übergangs zu einer Informationsgesellschaft und wissensbasierten Wirtschaft und vor dem Hintergrund knapper finanzieller Ressourcen gelte es nun, die traditionellen Methoden und Prozesse der Datenproduktion zu überdenken.

Nach den Worten des Generaldirektors müsse das Europäische Statistische System (ESS) für eine erfolgreiche Zukunft die Arbeiten zur Unabhängigkeit, Stärke und Effizienz der amtlichen Statistik fortsetzen. Wichtige Schritte auf dem Weg dahin seien unter anderem die Umsetzung des Europäischen Statistischen Mehrjahresprogramms für die Jahre 2013–2017, die Kommissionsmitteilung „Ein robustes Qualitätsmanagement für die europäischen Statistiken“, die Revision der Verordnung für europäische Statistiken Nr. 223/2009 und die Straffung der ESS-Führungsstrukturen durch einen neuen Rechtsrahmen für europäische Statistiken sowie einer einheitlichen Gremienstruktur.

Stellungnahme der Mitglieder des Europäischen Statistischen Systems zu den jüngsten Ereignissen hinsichtlich ELSTAT in Griechenland



Gegen den Leiter des griechischen Statistischen Amtes (ELSTAT), Andreas Georgiou, wurden in Griechenland rechtliche Schritte eingeleitet. Hintergrund ist die Veröffentlichung von Daten zum Staatsdefizit 2009 durch ELSTAT. Nachdem das europäische Statistikamt (Eurostat) in der jüngeren Vergangenheit mehrfach die Übereinstimmung

der griechischen Daten mit den festgeschriebenen europäischen Standards bestätigt hat, sehen sich die Amtsleiterinnen und Amtsleiter der europäischen Statistikämter aufgerufen, sich zu den aktuellen Vorgängen in Griechenland zu äußern.

Die Stellungnahme, die auch von dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler und dem Generaldirektor von Eurostat, Walter Radermacher, unter-



zeichnet wurde, finden Sie auf der [Internetseite](#) des Statistischen Bundesamtes. In englischer Sprache steht sie auf der [Internetseite](#) des Europäischen Statistischen Systems zur Verfügung.

16. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) am 7. Februar 2013 in Luxemburg

Der ESS-Ausschuss, das Amtsleitertreffen der europäischen Mitgliedstaaten (MS) und Eurostats, findet viermal im Jahr statt. Auf der Tagesordnung stehen regelmäßig wichtige statistische Rechtsakte und strategische Fragen.

Der AESS behandelte in dieser Sitzung nur einen Komitologiepunkt: Vorgelegt wurde der Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken in Bezug auf den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 831/2002. Dem Verordnungsentwurf, der die Modalitäten, Regeln und Bedingungen für den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke auf EU-Ebene festlegt, stimmte die Mehrheit der Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, zu. Es gab zwei Ablehnungen und zwei Enthaltungen.

Unter TOP 2 wurden die Leitlinien für die Beurteilung von Forschungseinrichtungen, Forschungsvorschlägen und Zugangseinrichtungen behandelt. Die seit der Sitzung des AESS im November 2012 weiterentwickelten Leitlinien verdeutlichen, wie die im Entwurf der Verordnung über den Zugang zu vertraulichen Daten für wissenschaftliche Zwecke festgelegten Maßnahmen durchgeführt werden. Der AESS unterstützte grundsätzlich die Leitlinien. Deutschland und andere Mitgliedstaaten forderten eine Ergänzung der Leitlinien im Sinne einer Klarstellung der dort spezifizierten Verfahren, insbesondere was die Akkreditierung von Zugangseinrichtungen angeht. Bis zum Inkrafttreten der Verordnung wird Eurostat diesen Punkt klarstellen. Über notwendige Anpassungsinitiativen in der Zukunft wird Eurostat dem AESS nach vorheriger Befassung durch die Arbeitsgruppe „Geheimhaltung“ und durch die Direktorengruppe „Methoden (DIME)“ berichten.

Der AESS unterstützte einvernehmlich den Vorschlag für eine Erklärung zu gemeinsamen Bedingungen für den Datenzugang und die Weiterverwendung von Daten, die von ESS Einrichtungen veröffentlicht werden. Der Ansatz entspricht den Bestimmungen der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors sowie dem im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) angewendeten Verfahren.

Im Zusammenhang mit dem Entwurf für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft begrüßte der AESS einvernehmlich die Integration der Finanzierungsregelungen für die Ad-Hoc-Module der Arbeitskräfteerhebung und die Anpassung der Verordnung an den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Viele Mitgliedstaaten kritisierten die vorgesehene Anwendung delegierter Rechtsakte gemäß AEUV.

Der AESS unterstützte den Vorschlag der Kommission für eine neue Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen, in die Module über Umweltschutzausgaben, über Umweltgüter- und Umweltdienstleistungskonten sowie Konten zu Energieströmen aufgenommen werden sollen. Mehrere Mitgliedstaat-



ten wiesen auf noch offene methodische Fragen hin und kritisierten die in den Lieferprogrammen vorgesehenen Terminvorgaben. Eurostat sagte die noch erforderliche methodische Weiterentwicklung parallel zum weiteren Gesetzgebungsverfahren in den zuständigen Arbeitsgremien zu und kündigte die Übermittlung des Verordnungsentwurfs an den Rat und des Europäische Parlament nach Abschluss der kommissionsinternen Abstimmung an.

Der Vorsitzende informierte, dass die Arbeiten an einem Memorandum of Understanding (MoU) über die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem ESS und dem ESZB kurz vor dem Abschluss stehen. Wenn über einige noch offene Punkte zwischen dem Vorsitzenden und dem Vertreter der Europäischen Zentralbank (EZB) Einigung erzielt ist, soll der Entwurf in die Direktorengruppe für makroökonomische Statistiken und die Partnerschaftsgruppe eingebracht und dem AESS im Mai 2013 zur Verabschiedung vorgelegt werden. Die Vertreter der EZB und der Vertreter des Ausschusses für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken (AWFZ) stimmten dem vorgesehenen Verfahren zu.

Der AESS stimmte der Gesetzesinitiative zur Qualitätsüberwachung der Statistiken, die für das Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht (VMU) Anwendung finden, grundsätzlich zu. Die meisten Mitgliedstaaten kritisierten das von der Kommission vorgesehene Verfahren. Sie forderten eine weitere Erörterung nur auf der Grundlage des von Eurostat noch bereitzustellenden Verordnungsentwurfs. Die Mitgliedstaaten sehen darüber hinaus die Notwendigkeit einer engen Kooperation der Statistikämter mit den Zentralbanken, deren Ausgestaltung von der Kommission bisher nicht näher spezifiziert wurde. Eurostat sagte zu, die von den Mitgliedstaaten geäußerten Vorbehalte im weiteren Prozess zu berücksichtigen. Eine Diskussion des Verordnungsentwurfs hat im März 2013 in der Direktorengruppe für makroökonomische Statistiken (DMES) stattgefunden und soll in der Partnerschaftsgruppe Ende März 2013 sowie im Mai 2013 im AESS erfolgen.

Deutschland äußerte sich zum Bericht der Direktorengruppe für Unternehmensstatistik (BSDG) dahingehend, dass die behandelten Themen zwischen den verschiedenen Gremien/Ebenen (Task Forces, Direktorengruppen, AESS) besser abgegrenzt werden sollten. Ein entsprechender Vorschlag von Deutschland liegt der Direktorengruppe für Unternehmensstatistik vor.

Die nächste Sitzung des AESS findet am 15. und 16. Mai 2013 in Luxemburg statt.

44. Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UN)

Vom 26. Februar bis 1. März 2013 war das Statistische Bundesamt in der jährlichen Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen in New York vertreten.

Die Statistikkommission ist ein Gremium des Wirtschafts- und Sozialrats der UN (ECOSOC) und befasst sich mit der Weiterentwicklung, Harmonisierung und Implementierung statistischer Methoden und Verfahren. Sie ist auch zuständig für alle fachlich-methodischen Fragen im Zusammenhang mit statistischen Indikatoren der UN. In der Statistikkommission, die 24 nach einem Regionalschlüssel gewählte Mitglieder umfasst, sind die statistischen Institutionen der UN-Mitgliedstaaten auf Leitungsebene vertreten. Die Statistikkommission ist das wichtigste Forum für nationale statistische Ämter auf internationaler Ebene, insbesondere für die Entwicklungs- und Schwellenländer. Das Statistische Bundesamt ist bis zum Jahr 2016 gewähltes Mitglied der Sta-



tistischen Kommission und vertritt gemäß § 19 Bundesstatistikgesetz die deutsche amtliche Statistik in diesem Gremium.

Die Leiterin des ungarischen Statistikamts, Frau Gabriella Vukovich, wurde als Vorsitzende gewählt.

Die Statistische Kommission nahm den Bericht über die Ergebnisse des am Rande der Sitzung in New York veranstalteten High Level Forums zum Thema „Response to the Rio+20 Mandate for Broader Measures of Progress“ unter dem Vorsitz des Präsidenten des italienischen Statistikamts, Enrico Giovannini, zur Kenntnis und betonte die Notwendigkeit einer verbesserten Fortschrittmessung durch geeignete statistische Indikatoren im Zusammenhang mit dem Nachfolgeprogramm der UN Millennium Development Goals (MDGs) ab 2015 (post 2015 strategy) und der aus den Schlussfolgerungen der Rio+20 Konferenz resultierenden Entwicklung von Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs). Die Kommission beschloss die Einsetzung einer Friends of the Chair Group (FOC) zur Entwicklung eines konsistenten Konzepts zur Messung der o. a. bereits existierenden bzw. der noch zu entwickelnden politischen Zielvorgaben für die SDGs. Das Statistische Bundesamt bekundete, basierend auf seiner Mitwirkung an entsprechenden Initiativen auf EU-, OECD- und nationaler Ebene, seine Bereitschaft zur Mitarbeit in der FOC.

Die Kommission begrüßte den Bericht des australischen Statistikbüros (ABS) zur Einbeziehung von Geokoordinaten in die amtlichen Statistiken. Die Delegierten betonten die Notwendigkeit einer verbesserten Verknüpfung von sozioökonomischen mit geographischen Informationen und bezeichneten diesen Bereich als ein zentrales Zukunftsfeld in der Statistik. Die Zusammenarbeit von Statistikern und Geo- bzw. Kartographen ist hier von besonderer Bedeutung. Thematisiert wurden von vielen Delegationen Fragen der Geheimhaltung georeferenzierter statistischer Daten, verschiedene Ansätze zur Definition von räumlichen Einheiten und die Entwicklung einheitlicher Methoden und Standards. Die Statistikkommission begrüßte die Durchführung einer internationalen Konferenz mit Statistik- und Geographieexperten und beschloss die Einrichtung einer Expertengruppe zur Entwicklung eines Rahmens für die Integration von sozioökonomischen und geographischen Informationen. Das Statistische Bundesamt wies auf die Notwendigkeit der Einbeziehung bereits erfolgter EU-Initiativen (INSPIRE) hin und signalisierte Bereitschaft zur Mitarbeit in der von der Kommission eingesetzten Expertengruppe.

Die Kommission verabschiedete den von der zuständigen Friends of the Chair Gruppe (FOC), in der das Statistische Bundesamt mitarbeitet, vorgelegten Entwurf einer neuen Präambel für die „Fundamental Principles of Official Statistics“ aus dem Jahr 1994. In der Formulierung der neuen Präambel wird Entwicklungen im Bereich der Statistik in den vergangenen beiden Dekaden Rechnung getragen. Der Entwurf der Präambel, in Verbindung mit den weiterhin geltenden Fundamental Principles of Official Statistics, wird nun dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC) mit der Bitte um Zustimmung und Weiterleitung an die Generalversammlung der UN zur Verabschiedung vorgelegt. Die FOC wurde aufgefordert, im Rahmen ihres Mandats die Arbeiten an der Entwicklung von Leitlinien für die Umsetzung der Prinzipien in den Mitgliedstaaten fortzusetzen und über die Ergebnisse in der nächsten Sitzung der Kommission zu berichten. Die Kommission begrüßte die in 2012 durchgeführte Befragung in den Mitgliedstaaten zum Stand der Umsetzung der Prinzipien, deren Ergebnisse als Grundlage für die Entwicklung der Leitlinien dienen sollen.

Das „System of National Accounts (SNA)“ der UN liefert den konzeptionellen Rahmen zur Berechnung und zum internationalen Vergleich der Wirtschaftsleistung der Volkswirtschaften in den Mitgliedstaaten der UN. In den letzten 50 Jahren wurde das SNA dreimal (1968, 1995 und 2008) überarbeitet, um neue Wirtschaftsentwicklungen und



Phänomene einbeziehen zu können. Das aktuelle SNA 2008, das unter anderem den neuen Entwicklungen im Dienstleistungs- und Finanzsektor Rechnung trägt, soll bis 2014 weltweit umgesetzt werden. Begrüßt wurde, dass die vereinbarten Übersetzungen des SNA 2008 weitgehend abgeschlossen sind. Allerdings wird die Zielerreichung wegen der hohen Anforderungen dieses Rahmenwerks an die Basisstatistiken von den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern als problematisch angesehen. Die Mitgliedstaaten der EU haben die Standards des SNA 2008 in der Revision des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen berücksichtigt. Die entsprechende EU-Verordnung wird mit Wirkung zum 1. Januar 2014 in Kraft treten. Die Kommission forderte insbesondere die Entwicklungs- und Schwellenländer auf, nicht in ihren Bemühungen zur Anwendung der Standards des SNA 2008 nachzulassen und sagte eine verstärkte Unterstützung der Statistikabteilung der UN (UNSD) und der Regionalkommissionen der UN zu.

Die Kommission nahm den Fortschrittsbericht der zuständigen Expertengruppe zur Implementierung und Weiterentwicklung des im vergangenen Jahr von der Kommission als Standard beschlossenen Rahmenwerks für Umweltökonomische Gesamtrechnungen (Central Framework for a System of Environmental-Economic Accounting) zustimmend zur Kenntnis. Die Kommission begrüßte insbesondere den flexiblen und modular aufgebauten Ansatz der Umsetzungsstrategie für das System Umweltökonomischer Gesamtrechnungen (SEEA) und betonte die große politische Bedeutung des SEEA als Bestandteil des noch zu entwickelnden Konzepts zur Messung einer nachhaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Rio+20 Konferenz und dem Nachfolgeprogramm der UN Millennium Development Goals ab 2015. Als ein sehr ehrgeiziges Ziel wurde von mehreren Delegationen, auch von Deutschland, die Entwicklung des „SEEA Ecosystem Accounting“ bezeichnet, vor allem, weil es hier eines multi-disziplinären Ansatzes bedürfe, der über die amtliche Statistik hinausgehe. Aufgrund des politischen Informationsbedarfs sieht die Kommission weiterhin die Notwendigkeit der Entwicklung dieses Instruments, bittet aber die zuständige Expertengruppe, die von den Mitgliedstaaten erhobenen Einwände in ihrem Arbeitsprogramm zu berücksichtigen.

Die Kommission begrüßte den Fortschrittsbericht der zuständigen Expertengruppe zur Überarbeitung der „Rahmenvereinbarung zur Entwicklung von Umweltstatistiken (FDES)“. Die Anpassung dieses Handbuchs trägt im Bereich der Umweltstatistiken dem aktuellen politischen Informationsbedarf Rechnung und berücksichtigt auch die enge Beziehung zwischen Umweltstatistik und Umweltökonomischen Gesamtrechnungen für eine kohärente und in sich abgestimmte statistische Berichterstattung. Allerdings ist die Revision des Handbuchs sehr ambitioniert. Die Entwicklung eines „Core Set of Environment Statistics“ geht über den Bereich der amtlichen Statistik hinaus und erfordert die Kooperation mit anderen wissenschaftlich und fachlich in diesem Bereich arbeitenden Institutionen. Von deutscher Seite wurden die bisher geleisteten Arbeiten begrüßt.

Die Statistische Abteilung der Vereinten Nationen (UNSD) schlägt in ihrem Bericht einen neuen integrierten Ansatz zur statistischen Messung von internationalem Handel vor. Globale Wertschöpfungsketten und zunehmende wirtschaftliche Interdependenzen erfordern die Bereitstellung entsprechender statistischer Daten. Im Sinne einer verbesserten Messung von Effekten der Globalisierung werden deshalb wertschöpfungs-basierte Handelsstatistiken und eine Verknüpfung von Handels- und Unternehmensstatistiken als Schlüsselemente angesehen. Insbesondere die Erfassung globaler Wertschöpfungsketten stellt sich als neue Herausforderung für die amtliche Statistik dar. Dabei wird nicht nur der Exportwert des Endprodukts betrachtet, sondern auch die im produzierenden Land erfolgte Wertsteigerung des Produkts. Die Analyse der



Effekte der Wertsteigerung setzen jeweils gute nationale Input-/ Outputtabellen voraus. Die Kommission beschloss die Bildung einer Friends of the Chair Gruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen zur Erarbeitung eines Konzepts für die internationale Koordinierung der bereits existierenden Initiativen zu internationalem Handel und Globalisierung.

Ein Jahr nach Verabschiedung eines Aktionsplans zur Implementierung einer globalen Strategie der Agrarstatistiken und der Statistiken über den ländlichen Raum wurde der Kommission ein Zwischenbericht vorgelegt. Ziel des Aktionsplans, der in seiner Maßnahmenplanung mittelfristig (5 Jahre) bzw. langfristig angelegt ist, ist die Erfüllung eines Kerns von agrarstatistischen Datenanforderungen durch alle Mitgliedstaaten. Er wird durch regionale Aktionspläne ergänzt werden, die die Aktivitäten auf der Ebene der UN Regionalkommissionen harmonisieren sollen. Die Kommission begrüßte die erzielten Fortschritte in der Zusammenarbeit mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO), die die Kommission in ihrer Sitzung im Jahr 2012 gefordert hatte.

Die Kommission nahm den Bericht der Weltbank zum „International Comparison Programme (ICP)“ zustimmend zur Kenntnis. Das Programm wird seit 1970 in mehrjährigen Abständen durchgeführt. Es untersucht weltweit die Unterschiede in den Kaufkraftparitäten, um den relativen Wohlstand und die Armut einer Gesellschaft zu messen und die relative Produktivität und das Investment-Potenzial der Länder zu beurteilen sowie zur Vorhersage von Wechselkursentwicklungen und zur Messung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in konstanten Preisen. An der aktuellen Erhebungsrunde 2011 nahmen 197 Staaten teil (an der 2005-Runde waren es 146 Staaten). Endgültige Ergebnisse werden voraussichtlich im Dezember 2013 veröffentlicht. Die Kommission forderte das geschäftsführende Gremium des International Comparison Programme auf, das Verfahren der Erhebungsrunde 2011 sorgfältig zu evaluieren, die Ergebnisse zu analysieren und der Kommission in ihrer Sitzung im März 2014 Bericht zu erstatten.

Der Fortschrittsbericht der UNSD und der Inter-Agency and Expert Group on Gender Statistics zu den Arbeiten in den letzten beiden Jahren wurde von der Kommission zustimmend zur Kenntnis genommen. Zu den geleisteten Arbeiten, die auch in den kommenden Jahren fortgeführt werden, zählen die Erstellung einer Programmübersicht der Statistikämter der Mitgliedstaaten im Bereich der Genderstatistik, die Festlegung einer Mindestliste von Indikatoren und die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung von Leitlinien und Handbüchern. Die Kommission dankte Mexiko für die Bereitschaft, das „5th Global Gender Forum“ im Jahr 2014 zu veranstalten.

Die strategischen Vorhaben im Bereich der Kriminalitätsstatistik wurden von der Statistikkommission begrüßt. Zu diesen Vorhaben zählen u. a. die Entwicklung von internationalen Standards und Methoden zur Förderung der Harmonisierung und eine Verbesserung der Kapazitäten in den Statistikämtern der Mitgliedstaaten. Beschlossen wurde die Entwicklung einer „International Classification of Crimes for statistical purposes“ bis 2015.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) präsentierte ihren Arbeitsbericht im Bereich der Gesundheitsstatistik. Als Arbeitsschwerpunkte wurden bezeichnet: Die Revision der International Classification of Diseases (ICD-11), die Entwicklung eines Berichtssystems zur Müttersterblichkeit und generell zu den Todesursachen, die Verbesserung der Statistiken über die Finanzierung der Gesundheitssysteme und Studien in mehreren Ländern zum Thema Gesundheit und Alter.

Die Statistikkommission nahm den Bericht zur Kenntnis, stellte aber eine nicht zufriedenstellende Zusammenarbeit zwischen der WHO und der Statistik im Bereich der Gesundheitsstatistiken fest. Sie forderte die WHO auf, die Ergebnisse der Arbeit der



„Washington Group on Disability Statistics“ stärker zu berücksichtigen und die Zusammenarbeit im Sinne der Vermeidung von Doppelarbeiten zu verbessern. Kennzeichnend für diese unzureichende Einbindung der Statistik seien die konzeptionellen Arbeiten der WHO in der Entwicklung des „Disability Surveys“ der UN. Darüber hinaus wurde Kritik an dem Zeitplan und dem Verfahren der Einführung der 11. Revision der ICD ab 2015 geäußert. Die Umstellung auf die neue Version dieser Klassifikation sei ein sehr komplexer Vorgang und für die nationalen Statistiksyste me eine große Herausforderung. Eine Anwendung der ICD-11 bereits in 2015 wurde aufgrund der erheblichen fachlichen und kapazitären Probleme in Zweifel gezogen. Die WHO wurde aufgefordert, die vorgebrachten Bedenken zur Einführung der ICD-11 in ihrem Arbeitsprogramm zu berücksichtigen.

Die Kommission betonte die Notwendigkeit einer effizienten Zusammenarbeit der verschiedenen UN Institutionen im Bereich der Statistik und nahm den Fortschrittsbericht der zuständigen Friends of the Chair Gruppe zur Kenntnis. Besonders hervorgehoben wurde die Bedeutung der Entwicklung allgemein gültiger Qualitätsstandards (Quality Framework) für die Statistik der Vereinten Nationen.

Der Kommission wurde über die Maßnahmen sowie die Herausforderungen der afrikanischen Staaten beim Aufbau ihrer statistischen Kapazitäten berichtet. Die Kommission begrüßte den Fortschrittsbericht der UN Wirtschaftskommission für Afrika und forderte die afrikanischen Staaten auf, die im Bericht aufgeführten Maßnahmen zum weiteren Ausbau ihrer Statistikkapazitäten in enger Kooperation mit der UN Wirtschaftskommission umzusetzen.

Am Rande der Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UN) fanden verschiedene Veranstaltungen statt.

Der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Dieter Sarreither, nahm als neu gewähltes Mitglied des Büros des OECD Statistikkomitees (OECD CStat) an mehreren Bürositzungen teil. Das Büro unterstützt die Statistikabteilung der OECD in der Geschäftsführung des Statistikkomitees der OECD Mitgliedstaaten. Das Büro befasste sich in New York unter anderem mit dem Thema der Erörterung des Fortschrittsberichts zum OECD Statistikprojekt über globale Wertschöpfungsketten bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, dem Programm der nächsten Plenarsitzung der CStat im Juni 2013 in Genf und der Strategie für eine verbesserte Zusammenarbeit mit Nicht-OECD Mitgliedsländern im Bereich der Statistik.

Unter Big Data werden besonders große Datenvolumina verstanden, die aufgrund der zunehmenden Technisierung des wirtschaftlichen Geschehens anfallen, so z. B. Börsendaten, Klima- und Wetterdaten, aber auch solche Daten, die durch soziale Plattformen generiert werden. Das Seminar „Big Data for Policy, Development and Official Statistics“ gab im wesentlichen einen Überblick, welche Herausforderungen sich für die amtliche Statistik hinsichtlich der rasanten Entwicklung elektronischer Kommunikationsmedien und des daraus resultierenden Informationsangebots in Bezug auf Volumen, Geschwindigkeit und Variabilität der Daten ergeben. Im ersten Teil des Seminars präsentierten Vertreter namhafter Firmen des IT-Sektors (u. a. Google, Amazon Web Services, SAS) Beispiele für das im Web verfügbare Datenangebot. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden u. a. vom südkoreanischen Statistikamt und vom US Bureau of Census Fallstudien für eine komplementäre Nutzung von „Big Data“ zur amtlichen Statistik präsentiert. Trotz aller anerkannten rechtlichen, methodischen, technischen, finanziellen und datenschutzrechtlichen Risiken in der Nutzung solcher Datenbestände, muss sich die amtliche Statistik dieses Zukunftsthemas annehmen. Die Kommission wurde aufgefordert, das Thema in ihrer nächsten Sitzung zu behandeln.

Die nächste Sitzung der UN Statistikkommission wird vom 4. bis 7. März 2014 stattfinden.



50 Jahre Sachverständigenrat: Festveranstaltung in Berlin



In diesem Jahr besteht der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, von manchen „die fünf Weisen“ genannt, 50 Jahre.

Mit Gesetz aus dem Jahr 1963 als unabhängiges Gremium der wirtschaftspolitischen Politikberatung ins Leben gerufen, veröffentlicht der Rat seitdem jährlich ein Gutachten, das die wirtschaftliche Lage und absehbare Entwicklung Deutschlands analysiert. Der Vorsitzende, Prof. Wolfgang Franz, sagte im Rahmen der Festveranstaltung: „Der Sachverständigenrat hat sich seit seiner Gründung vor 50 Jahren als Grundpfeiler der unabhängigen wirtschaftspolitischen Beratung erwiesen, darüber hinaus indes stets neue Herausforderungen angenommen.“

Das 50-jährige Jubiläum des Sachverständigenrates wurde am 20. Februar 2013 im Rahmen einer Festveranstaltung mit 200 geladenen Gästen in der Berliner Niederlassung der Kreditanstalt für Wiederaufbau gefeiert. Unter den Ehrengästen waren auch der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, und Vizepräsident Dieter Sarreither. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hielt die Festansprache, in der sie die Bedeutung des Rates als ordnungspolitisches Gewissen hervorhob. Die Veranstaltung würdigte jedoch nicht nur das bisherige Wirken des Rates. Eröffnet durch einen Vortrag von Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler warfen zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Praxis einen Blick auf die heutige Politikberatung im internationalen Vergleich und diskutierten die Perspektiven für die zukünftige Arbeit des Rates.

Dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Wirtschaftsweise“) stellt das Statistische Bundesamt – auf Basis des § 9 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – in Wiesbaden eine Geschäftsstelle zur Verfügung. Die Geschäftsstelle ist direkt dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes unterstellt und wird sowohl in fachlichen als auch personellen und organisatorischen Belangen von den jeweiligen Abteilungen des Statistischen Bundesamtes unterstützt. Sie vermittelt dem Rat Quellenmaterial, bereitet die Sitzungen des Rates vor, organisiert den Druck und die Veröffentlichung der jährlichen Gutachten des Rates und erledigt Verwaltungsangelegenheiten. Die Leiterin der Geschäftsstelle ist Frau Birgit Hein.



Das Statistische Bundesamt auf den Fachmessen Didacta und CeBIT 2013



Das Statistische Bundesamt präsentierte seine Informationsangebote im Februar 2013 auf der Didacta in Köln und im März 2013 auf der CeBIT in Hannover.

Die Didacta ist die größte Fachmesse für Lehrkräfte aller Bildungsbereiche in Europa und die wichtigste Weiterbildungsveranstaltung der Branche. Über 800 Aussteller aus 20 Ländern zeigten ihre Angebote aus den Bereichen vorschulische Erziehung und Grundschule, Schule und Hochschule,

betriebliche Ausbildung und Qualifikation sowie Weiterbildung und Beratung. Zu den meisten dieser Bereiche kann das Statistische Bundesamt nationale und internationale Strukturinformationen zur Verfügung stellen.

Das Statistische Bundesamt nutzte die Gelegenheit, den interessierten Besuchern Fragen zu beantworten und Hilfestellung im Umgang mit den elektronischen Medien zu leisten. Sehr gefragt waren der Datenreport sowie das Messeexemplar (CD) „Fakten zum Mitnehmen“. Im nächsten Jahr findet die Didacta in Stuttgart statt.

Auf der CeBIT, der wichtigsten Messe der IT-Branche, präsentierte sich das Statistische Bundesamt in diesem Jahr unter dem Generalthema „Moderner Kontakt“ mit zwei Standplätzen auf der Ausstellungsfläche des Bundesministeriums des Innern im Public Sector Parc in Halle 7 auf dem Messegelände. An den Präsentationsplätzen informierte das Statistische Bundesamt auch über das umfassende Datenangebot und stellte folgende statistische Fakten vor:

- **GENESIS: Statistische Fakten für die Gesellschaft – Geofachdaten für eGovernment**

Das Statistische Informationssystem GENESIS ist die zentrale Quelle für die Ergebnisse der amtlichen Statistik in Deutschland, über das aktuell mehr als 300 Millionen Werte aus rund 200 Statistiken kostenfrei im Internet verbreitet werden. Neben dem Angebot an individuell anpassbaren Tabellen, die grafisch in Diagrammen und Karten aufbereitet und in verschiedenen Formaten exportiert werden können, bietet das System Hintergrundinformationen zur Methodik der Datenerhebung und den zugrunde liegenden Definitionen.

Die umfangreichen Inhalte von GENESIS werden in die nationale Geodateninfrastruktur (GDI-DE) integriert, entsprechend den Anforderungen der europäischen INSPIRE-Richtlinie zugänglich gemacht und als offene Daten für Open Government angeboten.

- **Open data – Beitrag der Statistik**

Statistik ist Informationsbasis für alle. Diesen Anspruch erfüllt destatis.de mit offenen Nutzungsrechten, die eine Weitergabe, Vervielfältigung oder Verbreitung auch kommerzieller Art unter Angabe der Quelle erlauben. Durch die Nutzerführung und Berücksichtigung der Anforderungen an ein barrierefreies Internetangebot, in Kombination mit zahlreichen interaktiven Visualisierungen, wie z. B. dem Preis-Kaleidoskop, wird ein freier und leichter Zugang zu den Daten sichergestellt.



Besuch der Amtsleiter aus Bosnien und Herzegowina



Wie klappt die Zusammenarbeit zwischen Statistischem Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder in Deutschland und was kann Bosnien und Herzegowina daraus lernen? Darüber informierten sich Amtsleiter und weiteres Führungspersonal der drei Statistikämter von Bosnien und Herzegowina am 12. und 13. März 2013 in Wiesbaden. Den Rahmen bildet ein von

der EU finanziertes „Twinning“-Projekt in dem Deutschland Juniorpartner ist. Die Erfahrung aus der Zusammenarbeit im deutschen statistischen Verbund ist wertvoll, weil es Gemeinsamkeiten mit Bosnien und Herzegowina gibt.

Schon 2009 hatte die Leitungsebene des nationalen Statistikamtes Wiesbaden besucht, nun kamen die Leiter sowohl des Statistikamtes der Föderation von Bosnien und Herzegowina als auch der Republik Srpska mit hinzu. Inhaltlich gewidmet war der Besuch der Verbreitungsstrategie, den Forschungsdatenzentren, dem Qualitätsmanagement, Rechtsfragen der Statistik, Stichprobenmethodik und der Bund-Länder-Koordinierung.

Besuch aus Tunesien



Am 21. Februar 2013 besuchten Vertreter aus dem tunesischen Verkehrsministerium das Statistische Bundesamt. Nach einer Einführung in die amtliche deutsche Verkehrsstatistik wurden die Gäste umfassend über die Einbettung des Wirtschaftsbereichs Verkehr in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen informiert. Weiterhin wurden die Eisenbahn- und Luftverkehrsstatistik sowie die Seeverkehrsstatistik präsentiert, die bei den Gästen auf großes Interesse stießen.

Während ihrer einwöchigen Studienreise besuchten die tunesischen Regierungsvertreter weitere Behörden in Deutschland und Frankreich zum Thema Verkehrsstatistik im Rahmen ihres Projektes mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Ziel ist die Verbesserung der statistischen Basis für die Gestaltung der verkehrspolitischen Rahmenbedingungen in Tunesien. Reiner Dölger aus dem Rheinland-Pfälzischen Ministerium des Inneren, für Sport und Infrastruktur in Mainz hat die tunesischen Gäste bei ihrem Besuch in Wiesbaden begleitet.



Startschuss für Phase 2 im Kasachstan-Projekt



Zwei Veranstaltungen am 12. und 13. März 2013 läuteten anlässlich eines Besuches von Präsident Roderich Egeler in Astana die Umsetzungsphase des Projektes des Statistischen Amtes Kasachstan „Stärkung des nationalen Statistiksystems Kasachstans“ (KAZSTAT) ein. Zunächst diskutierten die jeweiligen Komponentenverantwortlichen des kasachischen Statistikamtes ARKS in einer internen Veranstaltung die Hauptergebnisse der Projektaufaktphase und die vor-

gegebenen Ziele mit den deutschen Gästen.

Höhepunkt der offiziellen Projekteröffnung war dann eine sehr gut besuchte Veranstaltung im kasachischen Statistikamt. Neben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von ARKS nahmen zahlreiche hochrangige Vertreter anderer staatlicher Behörden, Botschafter der beteiligten Konsortialpartner und Kollegen aus dem koreanischen Statistikamt, einem der Partner im Projekt, an der Veranstaltung teil. Das Statistische Bundesamt vertraten vor Ort Präsident Roderich Egeler und der zuständige Projektkoordinator.

Nachdem die kasachischen Kollegen einen Überblick zu den Projektinhalten gegeben hatten, konzentrierte sich Präsident Roderich Egeler in seinem Vortrag insbesondere auf die Kooperation zwischen staatlichen Behörden im Hinblick auf die Nutzung von Verwaltungsdaten. Eine entsprechende Initiative begann vor kurzem auch innerhalb der kasachischen Verwaltung, nachdem Kolleginnen und Kollegen aus dem Statistischen Bundesamt im Dezember 2012 den kasachischen Partnern in Wiesbaden einen Überblick über die Situation in Deutschland gegeben hatten.

Innerhalb des weltbankfinanzierten KAZSTAT-Projektes arbeitet das Konsortium unter Leitung des Statistischen Bundesamtes bis 2017 gemeinsam mit dem kasachischen Statistikamt ARKS an der Umsetzung der im Twinning-Vertrag festgelegten Projektziele. Diese sehen eine Weiterentwicklung der Standards und Methoden des kasachischen Statistiksystems in fast allen Teilbereichen der amtlichen Statistik vor.

Im Oktober letzten Jahres begann die Umsetzung des Kooperationsprojektes. Im Anschluss führten insgesamt 25 Kolleginnen und Kollegen, unter anderem aus der deutschen amtlichen Statistik sowie aus Finnland, der Slowakei und Dänemark, 16 Auftaktmaßnahmen durch. Ergebnis dieser Auftaktmaßnahmen ist ein abgestimmter Arbeitsplan, auf dessen Grundlage aktuell die Beteiligung der einzelnen Abteilungen im Statistischen Bundesamt an den geplanten Einsätzen und Studienbesuchen koordiniert wird.



Künftige ägyptische Ständige Wahlkommission besucht den Bundeswahlleiter



Am 13. Februar 2013 besuchte Richter Hatem Bagato, Vizepräsident des ägyptischen Verfassungsgerichts, mit seiner Delegation den Bundeswahlleiter. Er wurde von einer Richterin sowie sieben weiteren Richtern der obersten ägyptischen Gerichtsbarkeit, einer Mitarbeiterin der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e. V. und einem Dolmetscher begleitet.

Ägypten beabsichtigt die Einrichtung einer Ständigen Wahlkommission,

die sich aus Mitgliedern der derzeitigen für Parlamentswahlen zuständigen Wahlkommission und der Präsidentschaftswahlkommission zusammensetzen wird. Mitglieder der letzteren Kommission hatten den Bundeswahlleiter bereits am 8. Mai 2012 (siehe auch Beitrag in Heft 2/2012, Seite 24) besucht.

Richter Bagato, der maßgeblich am wahlrechtlichen Teil der neuen ägyptischen Verfassung mitgearbeitet hat, berichtete ausführlich von den derzeitigen Entwicklungen in Ägypten. Hauptaufgabe der künftigen Ständigen Wahlkommission sei die Schaffung einer größtmöglichen Transparenz bei der Durchführung von Wahlen, insbesondere bei der Ermittlung des Wahlergebnisses. Ferner müsse in der Bevölkerung Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit der Durchführung demokratischer Wahlen und die Rechtmäßigkeit der Arbeit der Wahlkommission als Kontrollorgan aufgebaut werden.

Nach einem kurzen Überblick über die wesentlichen Grundlagen des deutschen Wahlrechts wurde auf die äußerst differenzierten Fragen der Richterin und der Richter eingegangen. Dabei zeigte sich, dass die Gäste über ausgezeichnete Kenntnisse des deutschen Wahlrechts verfügten. Es entstand ein lebhafter Austausch, insbesondere über Struktur, Zusammensetzung und Verwaltung von Wahlkommissionen bzw. Wahlausschüssen, die Organisation von Parlamentswahlen und die Zulassung von Parteien und Kandidaten zu Wahlen.

Am folgenden Tag besuchte die Delegation das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, die zweite Station ihrer zweitägigen Reise. Dort stand unter anderem dessen Entscheidung über das Wahlrecht der Auslandsdeutschen vom 4. Juli 2012 auf der Tagesordnung.



Der Termin für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag steht fest

Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag findet entsprechend der Anordnung des Bundespräsidenten über die Bundestagswahl 2013 vom 8. Februar 2013 (BGBl. I S. 165) am Sonntag, dem 22. September 2013, statt.

Das Grundgesetz gibt in Artikel 39 Absatz 1 den Zeitrahmen für die Festlegung des Termins vor.

Danach findet eine Neuwahl frühestens 46 und spätestens 48 Monate nach dem Beginn der laufenden Wahlperiode statt. Kommt es zu einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Bundestages, müssen vorgezogene Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen nach der Auflösungsentscheidung stattfinden.

Die Wahlperiode des 17. Deutschen Bundestages hat mit ihrer konstituierenden Sitzung am 27. Oktober 2009 begonnen. Frühester Termin für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag wäre Mittwoch, der 28. August 2013, der späteste Termin Sonntag, der 27. Oktober 2013.

Der Wahltag muss nach § 16 Bundeswahlgesetz ein Sonntag oder ein gesetzlicher Feiertag sein. Die Festlegung des Wahltermins auf einen für den überwiegenden Teil der Wahlberechtigten arbeitsfreien Tag soll einerseits die Wahlorganisation durch ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer erleichtern und andererseits eine hohe Wahlbeteiligung sicherstellen. Aus diesem Grund sollen die Termine für Bundestagswahlen auch nicht mit Hauptferienzeiten kollidieren. Die spätesten Sommerferien enden in Bayern am 11. September und die frühesten Herbstferien beginnen am 30. September 2013 in Berlin, Brandenburg und Hamburg. Folglich kommen nach geübter Staatspraxis lediglich der 15. und der 22. September 2013 als Wahltermine in Betracht.

Mit der Festlegung des Wahltermins werden die im Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung vorgegebenen Fristen in Gang gesetzt. Gleichzeitig wird der Kreis der Wahlberechtigten sowie der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber definiert.

Die für die Arbeit des Bundeswahlleiters wesentlichsten Fristen sind bis zum Wahltag

- der 17. Juni 2013, also der 97. Tag vor der Wahl (letzter Tag – bis 18.00 Uhr – für die Anzeige der Beteiligung an der Wahl beim Bundeswahlleiter),
- der 5. Juli 2013, das ist der 79. Tag vor der Wahl (letzter Tag für die Feststellung und Verkündung, welche Parteien als so genannte etablierte Parteien an der Wahl teilnehmen können und welche Vereinigungen, die ihre Beteiligung angezeigt haben, für die Wahl als Parteien durch den Bundeswahlausschuss anzuerkennen sind),
- der 1. August 2013, der 52. Tag vor der Wahl (letzter Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses über Beschwerden gegen die Zurückweisung oder Zulassung einer Landesliste).

Wahlberechtigt beziehungsweise wählbar sind bei Vorliegen aller anderen Voraussetzungen alle Deutschen, die am 22. September 2013 das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, das heißt, alle Deutschen, die am 22. September 1995 und früher geboren wurden.

Vorankündigung: Workshop „Methoden der empirischen Sozialforschung in amtlichen Haushaltsstatistiken“

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) und das Statistische Bundesamt veranstalten am 16. Mai 2013 in Wiesbaden den Workshop „[Methoden der empirischen Sozialforschung in den amtlichen Haushaltsstatistiken](#)“. Mit diesem Workshop ist vor allem die Wissenschaft eingeladen, sich mit ihrer Expertise an der Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken zu beteiligen.

Das Projekt zur „Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken (WSH)“ wurde im vergangenen Jahr im Statistischen Bundesamt initiiert und gemeinsam mit den Statistischen Ämtern der Länder begonnen. Ziel des Projektes ist die Etablierung eines kohärenten und zukunftsfähigen Systems der Haushaltsbefragungen der amtlichen Statistik, welches gleichermaßen den sich ändernden Anforderungen an die Datenproduktion und dem sich verändernden Datenbedarf gerecht wird.

Zentraler Gedanke ist es dabei, die bisher separat geführten Haushaltsstatistiken künftig als Module eines Systems zu erheben, das auf einer gemeinsamen Zufallsstichprobe basiert und ein gemeinsames Kernprogramm erfragt.

Ihre Anmeldung richten Sie bitte bis zum 26. April 2013 per E-Mail direkt an die Geschäftsstelle WSH (wsh@destatis.de). Die Vergabe der Plätze erfolgt nach Eingang der Anmeldungen.

Leiter der Abteilung H – Karl Müller



Karl Müller, Direktor beim Statistischen Bundesamt und Leiter der Abteilung H „Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte“, scheidet mit Ablauf des Monats April 2013 aus dem aktiven Dienst aus. Lesen Sie im folgenden Interview, wie er nach seinem Studium in Mannheim Karriere in der amtlichen Statistik machte und welche Teile des Arbeitsalltags ihm dabei besonders ans Herz gewachsen sind.

Herr Müller, Sie haben in der Hochburg der Ökonomie studiert: in Mannheim. Wie kam es zu Ihrer Anstellung beim Statistischen Bundesamt?

Unmittelbar nach dem Abitur habe ich meinen eineinhalbjährigen Wehrdienst abgeleistet und im Anschluss in Mannheim mein Studium begonnen. Mannheim bot sich an, da ich gebürtiger Heidelberger bin und damals auch dort wohnte. Ich studierte Betriebswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Marketing und Industriebetriebslehre – das gab es damals in Mannheim noch. Ende 1975 habe ich mein Examen als Diplomkaufmann gemacht und mit der Bewerbungsphase begonnen. Dabei habe ich mich u. a. auch hier im Statistischen Bundesamt beworben. Das war eine Stellenausschreibung – ich weiß es heute noch – in der FAZ und in der Süddeutschen Zeitung. Darauf habe ich mich beworben und bin dann zum 1. März 1976 hier eingestellt worden. Um die Jahreswende 1975/76 hatte ich mein Vorstellungsgespräch. Das war damals noch ganz anders, da gab es noch kein Assessment Center. Zu einem von den Personen (inzwischen 87 Jahre alt), die mich damals eingestellt haben, habe ich heute privat immer noch Kontakt. Das gilt im Übrigen auch für den Arbeitskollegen (inzwischen 91 Jahre alt), mit dem ich in den ersten zwei Jahren mein Büro teilen durfte.

Heute stehen Sie kurz vor Ihrem Pensionseintritt und blicken auf eine lange, erfolgreiche Karriere zurück. Was war Ihre wichtigste Station?

Zunächst der Außenhandel, dafür bin ich ja auch bekannt: der Außenhandel ist meine Wiege gewesen. Und nach wie vor – das gebe ich offen zu – ist das wie eine berufliche Heimat. Noch heute habe ich vielfältige Kontakte zu diesem Bereich. Das war damals Mitte der 70er Jahre auch eine sehr spannende Zeit, in der man aus dem Außenhandel, wie ich ihn damals vorgefunden habe, noch sehr viel gestalten konnte. Dieser Bereich war damals als „grüne Hölle“ bezeichnet worden, weil Berge von grünen Zollformularen erfasst werden mussten. Als ich vom Außenhandel zur Personalbetreuung wechselte, das war im Jahr 2000, hat sich der Außenhandel schon ganz anders präsentiert.

...und wo sehen Sie rückblickend die entscheidenden Wegmarken?

Eine markante Wegmarke im Außenhandel, die man besonders hervorheben sollte, war die Einführung des Einheitspapiers zum 1. Januar 1988. Das war, so erinnere ich mich, das erste Mal überhaupt, dass ein einheitliches Papier- oder anders formuliert: ein Erhebungsformat – in der Statistik europaweit kreiert worden ist. Das war damals ein großer Durchbruch und mit Sicherheit ein maßgeblicher Meilenstein für die weitere Entwicklung hin zum europäischen Binnenmarkt bezüglich der Entbürokratisierung der Warenverkehre.

Der zweite ganz große Einschnitt, und der war sogar noch etwas größer, folgte fünf Jahre später, zum 1. Januar 1993: Das war die Einführung des EU-Binnenmarktes.

Da standen wir vor der hehren Aufgabe, innerhalb kurzer Zeit aus einer Sekundärstatistik, was ja der Außenhandel mit der Erhebung über den Zoll bis dahin noch war, plötzlich eine Primärerhebung aufzubauen: über Direktbefragung bei den Unternehmen, und zwar bei der Masse der Warenverkehre. Das war auch deswegen eine hehre Aufgabe, weil das begleitende Ordnungswerk (Verordnungen) auf europäischer Ebene – ich meine mich zu erinnern damals ca. zehn Verordnungen – innerhalb kürzester Zeit in die Wege geleitet werden musste. Erst im März/April 1991 konnten wir mit dem Aufbau eines Intrahandelsregisters, das noch heute die Grundlage der Erhebung bildet, beginnen. Praktisch auf der grünen Wiese dieses Intrahandelsregister aufzubauen, war natürlich schon eine große Aufgabe. Wir waren letztendlich froh, dass wir es in so kurzer Zeit geschafft haben, denn die Intrahandelsstatistik wäre sonst nicht das, was sie heute noch ist.

Ich muss aber noch eine Sache erwähnen, die mich mein ganzes Berufsleben begleitete: den technischen Fortschritt. Als ich Anfang 1976 meinen Dienst begann, hatten wir einen Bleistift, einen Kugelschreiber und ein schwarzes Telefon mit Wählscheibe, das man nicht umleiten konnte. Für die Erstellung von Kopien und externe Telefongespräche brauchte man eine schriftliche Genehmigung vom Vorgesetzten. Wenn man das vergleicht mit der technischen Ausstattung und der Flexibilität am Arbeitsplatz heute, kann man ermessen, wie sich die Arbeitswelt in der Zeit verändert hat. Ich glaube nicht, dass sich der Arbeitsplatz in den kommenden 38 Jahren noch einmal so eklatant verändern würde. Aber vielleicht täusche ich mich da auch. Und in der Zeit davor hat er sich auch nicht so stark verändert. Es war genau die Zeit, in der ich arbeiten durfte, in der sich die Büroarbeit dank der Technisierung – nicht nur im Statistischen Bundesamt – in ganz enormem Maß verändert hat. Das hatte natürlich dann auch Auswirkungen auf die ganze Mitarbeiterstruktur. Als ich damals im Außenhandel anfang, hatten wir 620 Mitarbeiter. Heute hat der Außenhandel etwa ein Drittel der Mitarbeiterzahl von damals. Daran kann man sehen, dass der technische Fortschritt maßgeblich dazu beigetragen hat, die Arbeit effizient zu gestalten.

Und wie ging es für Sie nach dem Außenhandel weiter?

Nach den Jahren im Außenhandel, die mir sehr gefallen haben, kam eine kurze Interimszeit von drei Jahren bei der damaligen Gruppe Z C „Personal, Aus- und Fortbildung“. Das war eine sehr interessante Zeit und eine ganz andere Arbeitswelt. Ich habe ja vorher nie in einer zentralen Verwaltung gearbeitet. Ich war kein Verwaltungsmensch und musste mich da auch erst einfinden. Das war für mich eine große Umstellung, aber es war eine wichtige Erfahrung, mal bei der „Z“, wie man uns damals genannt hat, zu arbeiten. Das operative Personalgeschäft kannte ich ja aus meiner Zeit aus dem Außenhandel. Was hinzukam, waren die strategischen Überlegungen für das Haus. Es war auch eine schöne Zeit bei Z C und es war vor allem eine sehr lehrreiche Zeit für mich.

Gut. Und irgendwann war dann auch diese Zeit zu Ende. 2003 war für mich – das muss man auch so sagen – nicht nur beruflich, sondern auch persönlich und privat ein ganz großer Schnitt, weil ich den Standortwechsel von Wiesbaden nach Bonn vollzogen habe. Man muss so etwas wirklich wollen und das persönliche Umfeld muss das mittragen. Ich kann mich noch an meine Worte erinnern, als ich mich von den Kollegen bei Z C verabschiedet habe: Ich gehe nach Bonn, nicht um jetzt mal zwei, drei Jahre dahin zu gehen, sondern um dort zu bleiben, bis ich aus dem Berufsleben ausscheide. Das habe ich damals ganz bewusst so gewählt. Ich wollte nach außen nicht den Eindruck erwecken: *der* geht mal kurz nach Bonn. Viele Vorgänger von mir, die in Berlin oder in Bonn waren, waren alle wesentlich kürzer an diesen Standorten. Insofern war mir bewusst: *das* muss man wollen. Und dazu muss man auch privat unterstützt werden. Sonst funktioniert das nicht. Und bei mir hat es Gott sei Dank bis zum Schluss sehr gut

funktioniert. Ich möchte die Bonner Zeit nicht missen. Nur wer so lange Zeit täglich vor Ort arbeitet, ist in der Lage, über den jeweiligen anderen Standort mitzureden.

Es waren 10 Jahre, in denen ich dort Abteilungsleiter war. Auch das ist eine sehr interessante Zeit gewesen, und ich habe auch da sehr viele neue Kolleginnen und Kollegen kennengelernt. Ich bin vielleicht derjenige im Haus, der standortübergreifend die meisten Mitarbeiter beim Namen nennen könnte.

Wie hat sich die Übertragung der Zweigstellenleitung im Jahr 2011 ausgewirkt?

Ja, die Übertragung der Zweigstellenleitung erfolgte vor zwei Jahren. Wobei ich sagen muss: Das ist für mich nichts völlig Neues gewesen, weil ich ja in Wiesbaden als Leiter des Personalbereichs schon Erfahrungen mit Verwaltungstätigkeiten gesammelt und Gespräche mit den Personalvertretungen geführt hatte. Die Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen war von gegenseitigem Vertrauen und Respekt geprägt. Vielleicht auch deswegen, weil ich immer ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatte. Außerdem konnte ich ja auf die Unterstützung meines Verwaltungsleiters in der Zweigstelle setzen und auf die Erfahrungen meiner Vorgängerin in der Zweigstellenleitung zurückgreifen. In Bonn sind die Wege ja bekanntlich besonders kurz. Als Zweigstellenleiter hatte ich dann natürlich auch Kontakt zum Gesamtpersonalrat (GPR), mit dem ich ein sehr gutes Einvernehmen hatte. Ich bin auch immer gerne in die Sitzungen der Personalvertretungen gegangen. Und ich meine, dass ich dort auch immer ein gern gesehener Gast war.

War das weite Feld der Sozialstatistiken fachlich etwas komplett Neues für Sie?

Ich musste mich natürlich komplett neu einarbeiten und das war auch echte Kärnerarbeit. Da musste ich noch viel dazulernen und viele Erfahrungen sammeln. Aber nach einiger Zeit ist man drin. Ich konnte mich in den 10 Jahren immer auf eine große Riege fachlich sehr kompetenter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlassen, wobei die Zusammenarbeit durch große Loyalität geprägt war. Die Bedeutung der Sozialstatistiken ist heute deutlich höher, als noch vor 10 Jahren. Der sozialpolitische Rahmen hat sich in dieser Zeit (Stichwort: Agenda 2010) so stark geändert wie nie zuvor und die finanzpolitischen und wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Jahre, mit all den Höhen und Tiefen, hatten Auswirkungen auf die Menschen in unserem Lande wie selten zuvor. Der Glaube an die unaufhaltsame Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft und der Finanzmärkte ging verloren. Und deshalb, und das ist gut so, steht der Mensch heute insgesamt mehr im Mittelpunkt der Statistik als dies in den Boomjahren der Wirtschaft der Fall war. Gesundheitskosten in einer immer älter werdenden Gesellschaft, die Pflegeproblematik, die Gestaltung der sozialen Leistungssysteme, Armut und Reichtum, das Öffnen der Einkommensschere, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Kindertagesstättenproblematik, die Investitionen in Bildung und Forschung: All das sind nur beispielhaft einige Themen aus meiner Abteilung, die weit über mein Ausscheiden aus dem Berufsleben Bestand haben werden und im Amt prioritär beachtet werden sollten.

Mit Blick auf Europa, wie sieht Ihr Zwischenfazit aus?

Ich bin zum ersten Mal im Juni 1976 auf einer Sitzung bei Eurostat (damals noch SAEG) in Luxemburg gewesen. Damals gab es die Gebäude auf dem Kirchberg noch nicht. Die erste Sitzung, die ich mitgemacht habe, war in der Post gegenüber dem Bahnhof. Es war damals die Zeit, als noch sechs Mitgliedstaaten in der europäischen Gemeinschaft waren: die drei Benelux-Staaten, Italien, Frankreich und Deutschland. Diese Zeit war natürlich dadurch geprägt, dass man relativ schnell und unkompliziert Entscheidungen

treffen konnte. Es war auch so, dass damals die Fachdiskussion – im Gegensatz zu heute – im Vordergrund stand und wirklich fachlich tief diskutiert worden ist. Bei sechs Mitgliedstaaten hatte man viel mehr Möglichkeiten, sich einzubringen als heute mit 27 Mitgliedstaaten an einem Tisch. Bei meiner ersten Sitzung in Luxemburg saßen etwa 15 Personen an einem Tisch, bei meiner letzten DSS-Sitzung (Directors for Social Statistics) habe ich über 80 Personen gezählt. Ich meine, diese beiden Zahlen sagen sehr viel über die Wandlung auf europäischer Ebene.

Abschließend hierzu noch eine persönliche Bemerkung: für mich hat die EU im europäischen Verbund einen wesentlichen, alles andere überlagernden Erfolg gezeitigt. Meiner Generation ist es – im Gegensatz zu der meiner Eltern – vergönnt, in Europa jahrzehntelang in Frieden zu leben. Bei aller Kritik, die zweifellos zu üben ist, sollten wir dies niemals vergessen. Jeder Euro, den wir in die EU stecken, ist ein Euro für den Frieden in Europa. Vor diesem Hintergrund sollten wir auch bei der Diskussion von statistischen Themen im europäischen Verbund, eine gewisse Gelassenheit an den Tag legen.

Ihre Erfahrung aus 37 Jahren in der amtlichen Statistik: Sind Statistiker Erbsenzähler?

Als Beamter oder generell als Beschäftigter im öffentlichen Dienst muss man sich natürlich ständig mit Clichés auseinandersetzen, auch im privaten Bereich. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Ich begegne diesen Clichés inzwischen stets mit einem Schmunzeln. Ich habe den Eindruck, dass unser Haus in der Gesellschaft, in der Politik und auch im lokalen Umfeld inzwischen einen derart seriösen und gut aufgestellten Status hat, dass niemand, der seriös bleibt, uns mit solchen Clichés behaftet. Ich meine, dass aus den verschiedenen Krisen im europäischen Bereich die deutsche Verwaltung insgesamt gestärkt hervorgegangen ist. Und denjenigen, die unser Haus mit Clichés belegen wollen, würde ich raten, eine Woche vorbeizukommen und den Mitarbeitern über die Schulter zu schauen. Sie würden sehr schnell merken, dass unser Arbeitsalltag weit weg ist von dem, was man als Erbsenzählen bezeichnen könnte.

Insbesondere die Sozialstatistiken werden zunehmend stärker in den Medien aufgegriffen. Gab es ein besonderes Highlight unter den vielen Pressekonferenzen, die Sie bestritten haben?

Ich bin jemand, der immer gerne selbst Pressekonferenzen abgehalten hat, weil es mir einfach Spaß macht. Ich bin immer gerne bei Pressekonferenzen aufgetreten, auch wegen der anschließenden Interviews. Man muss sich gut vorbereiten. Man muss die Fakten und ihre Hintergründe parat haben.

Ich habe zwei oder drei Pressekonferenzen mit dem Mikrozensus gemacht, als der noch in meiner Abteilung war. In den letzten Jahren war zum Beispiel die Pressekonferenz zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 mit sehr vielen Interviews verbunden. Die letzte Pressekonferenz, die ich im vergangenen Jahr noch gemacht habe, war die zu den Kindertagesstätten. Das war natürlich politisch hochsensibel gewesen. Deswegen haben wir uns auch sehr gut darauf vorbereitet. Aber ehrlich gesprochen, bei allen öffentlichen Auftritten ist immer etwas Lampenfieber dabei. Und das ist gut so.

Herr Müller, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. 

Gesamtkatalog 2013



Der Gesamtkatalog bietet einen Überblick über die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes (Stand: 18. Februar 2013). Unter www.destatis.de stehen die aktuellen Publikationen zum Download bereit. Einige Veröffentlichungen können auch als Printversion bezogen werden. Der Gesamtkatalog soll zur Orientierung dienen und die Suche nach Publikationen im Internet unterstützen. Die Veröffentlichungen in diesem Katalog sind in drei große Kategorien unterteilt:

- Querschnittsveröffentlichungen (z. B. Statistisches Jahrbuch, Wirtschaft und Statistik)
- Fachveröffentlichungen (Broschüren, Fachserien, Fachberichte, thematische Tabellenbände)
- Klassifikationen und Verzeichnisse

Außerdem enthält der Gesamtkatalog die Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Regio-Stat-Katalog 2013

Der aktuelle „[Regionalstatistische Datenkatalog des Bundes und der Länder](#)“ wurde zum Stand Januar 2013 erstellt. Er erscheint als kostenlose Print- und Online-Version. Die darin definierten Tabellen sind Grundlage für die regionalstatistischen Gemeinschaftsprodukte des Bundes und der Länder. Weitere regional gegliederte statistische Informationen finden Sie in folgenden Angeboten:



- [Regionaldatenbank Deutschland](#) und
- [Regionalatlas](#).

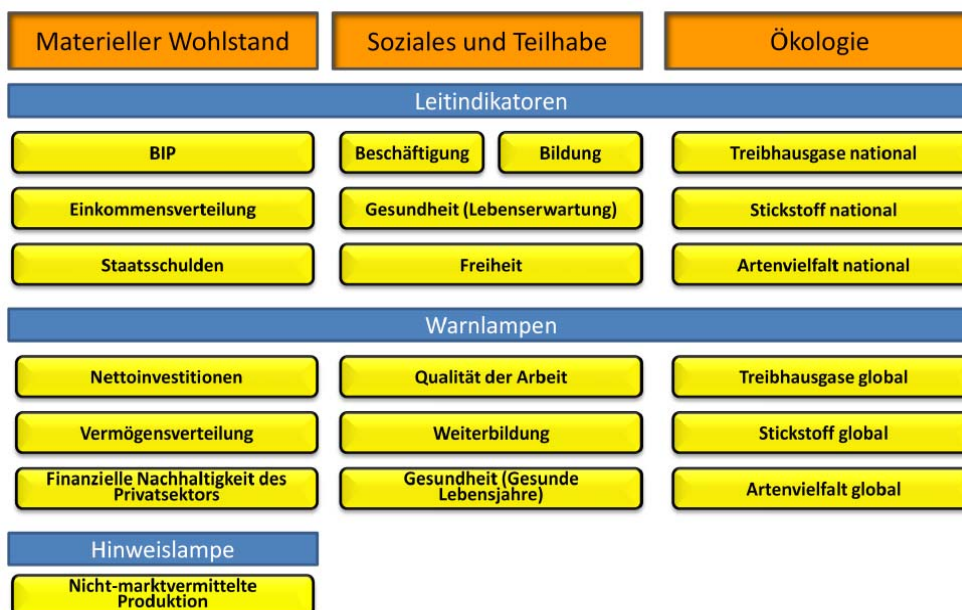
Die [Veröffentlichung](#) steht kostenfrei im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung.



Enquete-Kommission benennt zehn Indikatoren zur Wohlfahrtsmessung

Das Wirtschaftswachstum, das üblicherweise anhand der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) gemessen wird, kann die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung eines Landes nicht umfassend abbilden. Bemängelt wird einerseits, dass Tätigkeiten, die positiv zur gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen, wie etwa die Hausarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten, bei der Berechnung des Bruttoinlandsproduktes nicht einbezogen werden, während andererseits die Kosten für die Beseitigung negativer Begleiterscheinungen des Wachstums für Umwelt, Arbeits- und Lebensbedingungen die Wertschöpfung sogar erhöhen. Des Weiteren wird moniert, dass die nicht-materiellen Seiten der Lebensqualität und des gesellschaftlichen Fortschritts vom BIP nicht abgedeckt werden (mehr Informationen unter www.destatis.de).

Indikatoren zu bestimmen, die den Wohlstand unserer Gesellschaft umfassender abbilden, ist eine zentrale Aufgabe der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages (www.bundestag.de). Nach zweijährigen Beratungen hat die dazu eingerichtete Projektgruppe Ende Januar 2013 dem Plenum der Enquete-Kommission zehn Leitindikatoren vorgeschlagen, die neben dem materiellen Wohlstand auch soziale und ökologische Dimensionen von Lebensqualität erfassen sollen:



Ergänzt wird dieses Set von Leitindikatoren durch so genannte „Warnlampen“. Das sind zusätzliche Indikatoren, die die Aufmerksamkeit gezielt auf sich abzeichnende, eher längerfristige Fehlentwicklungen lenken sollen. Diese Warnlampen leuchten, sobald bestimmte, von der Projektgruppe empfohlene Schwellenwerte überschritten werden. Daneben verweist eine Hinweislampe darauf, dass auch nichtmarktvermittelte Aktivitäten für die Wohlfahrt eines Landes bedeutsam sind. Dieser Indikatorensatz soll jährlich veröffentlicht und kommentiert werden.

Hervorzuheben ist, dass man sich mit diesem Indikatorensatz gegen einen Universalindikator zur Wohlfahrtsmessung entschieden hat. Auch wenn mehrere der vorgeschlagenen Indikatoren bereits verfügbar sind, gibt es in einigen Statistikbereichen deutlichen Weiterentwicklungs- und Verbesserungsbedarf. Vor allem die Einkommens- und Vermögensverteilung, die Erfassung der Nichtmarktproduktion sowie der Freiheitsindi-



kator stellen neue große Herausforderungen an die Statistik. Voraussichtlich im April d. J. wird die Enquete-Kommission ihren Gesamtbericht verabschieden und dem Bundestag übergeben.

Kind und Beruf: Nicht alle Mütter wollen beides



STATmagazin

Die Familiengründung stellt viele Eltern vor die große Herausforderung, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen.

Ganztagsschulen, Kindergärten und Kinderkrippen sowie Elterngeld sollen Müttern und Vätern den Spagat zwischen Berufs- und Privatleben erleichtern. Dabei sind es insbesondere die Mütter, die – gewollt oder ungewollt – ihre Erwerbsbeteiligung zugunsten der Familie einschränken. Jedoch nicht für jede Mutter ist die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwer zu beantworten. Für manche stellt sie sich erst gar nicht. Lesen Sie im neuen [STATmagazin](#) mehr über die Gründe, warum Mütter sich für oder gegen Erwerbsarbeit entscheiden.



Bildungsfinanzbericht 2012



Bund, Länder und Gemeinden haben für das Jahr 2012 Bildungsausgaben in Höhe von 110,3 Milliarden Euro veranschlagt, 4,7 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr.

Im Bildungsfinanzbericht 2012 sind neben den Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte auch die von Unternehmen, privaten Haushalten, der Bundesagentur für Arbeit und dem Ausland finanzierten Bildungsausgaben sowie Forschungsausgaben enthalten. Die gesamten privaten und öffentlichen Ausgaben werden durch das konzeptionell umfassendere Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft dargestellt.

Im Jahr 2009 stieg das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft auf insgesamt 224,8 Milliarden Euro, 10,6 Milliarden Euro mehr als 2008. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt entsprach dies einem Anteil von etwa 9,5 %. Nach vorläufigen Berechnungen erhöhten sich die Ausgaben im Jahr 2010 um weitere 9,7 Milliarden Euro, auf 234,5 Milliarden Euro. Dies entsprach ebenfalls 9,5 % des Bruttoinlandsprodukts.

Von den Gesamtausgaben des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft entfielen im Jahr 2009 insgesamt 164,6 Milliarden Euro auf den Bildungsbereich, einschließlich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen in Höhe von 11,8 Milliarden Euro. Weitere 55,2 Milliarden Euro wurden für Forschung und Entwicklung in Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ausgegeben sowie 5,1 Milliarden Euro für Museen, Bibliotheken, Fachinformationszentren und die außeruniversitäre Wissenschaftsinfrastruktur.

Der Bildungsfinanzbericht ermöglicht auch einen Vergleich der Bildungsausgaben Deutschlands mit anderen Staaten. Nach dem international vergleichbaren Teil des Bildungsbudgets entfielen in Deutschland im Jahr 2009 beispielsweise 126,4 Milliarden Euro auf die Ausgaben für Kindergärten, Schulen, Hochschulen und die Berufsbildung. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt entsprach dies einem Anteil von 5,3 %. Damit lag Deutschland bei den Ausgaben für diese Bildungseinrichtungen deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 6,2 %. Weitere Informationen hierzu enthält die OECD-Publikation „[Education at a Glance](#)“.

Der Bildungsfinanzbericht 2012 mit Informationen zu den öffentlichen und privaten Bildungsausgaben sowie umfangreichen Tabellen steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de als kostenfreier Download zur Verfügung oder kann in gedruckter Form (ISBN: 978-3-8246-0961-1) für 9,80 Euro bezogen werden.

Kulturfinanzbericht 2012



Der Kulturfinanzbericht erscheint in diesem Jahr bereits zum sechsten Mal. Er ist eine Gemeinschaftspublikation der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und wird im zweijährigen Berichtszyklus veröffentlicht. Damit wird nun seit mehr als einem Jahrzehnt ein breiter Überblick über die öffentliche Kulturfinanzierung in Deutschland gewährt und eine objektive Datengrundlage für Parlamente, Regierungen, Kultusverwaltungen, Kulturinstitutionen und die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Inhaltlich werden Höhe, Entwicklung und Struktur der öffentlichen Ausgaben für Kultur und Kulturnahe Bereiche nachgewiesen (1995–2012). Um vergleichende Analysen zu erleichtern, erscheinen im Kulturfinanzbericht auch finanzstatistische Kennzahlen: Ausgaben je Einwohner, Anteil am Bruttoinlandsprodukt sowie am Gesamtetat der öffentlichen Hand. Die Kulturausgaben werden nach Körperschaftsgruppen (Bund, Länder, Gemeinden und Zweckverbände) sowie nach Kultursparten (Theater, Bibliotheken, Museen, Denkmalschutz, Kunsthochschulen, Kultur im Ausland, sonstige Kulturpflege und Verwaltung) gegliedert. Weiterhin enthält der Bericht auch einen Überblick über die Kulturausgaben der privaten Haushalte.

Zusammen mit ergänzendem Datenmaterial steht der Kulturfinanzbericht 2012 als kostenfreier Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zur Verfügung. Außerdem kann er in gedruckter Form über das Internetangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (www.statistikportal.de) oder über den Buchhandel (ISBN: 978-3-8246-0946-8) zum Preis von 19,80 Euro bezogen werden.

89,7 % der Auszubildenden bestehen Abschlussprüfung



2011 lag der Anteil der Auszubildenden, die die Abschlussprüfung zur dualen Ausbildung in Deutschland bestanden haben, bei 89,7 %. Besonders erfolgreich sind diejenigen mit höherer schulischer Vorbildung: Auszubildende mit Hochschul- beziehungsweise Fachhochschulreife erzielten eine Erfolgsquote von 97,1 %, bei Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss lag diese bei 78,5 %.

Bei Abschluss ihrer Ausbildung waren Auszubildende 2011 im Durchschnitt 22 Jahre alt. Im Vergleich zum Jahr 2010 hat sich der Anteil der Auszubildenden, die bei Ausbildungsabschluss 21 Jahre oder älter sind von 68,4 % auf 71,1 % erhöht. Die Tendenz zu steigendem Alter der Auszubildenden zeigt sich schon beim Eintritt in die duale Ausbildung: Vor zehn Jahren waren etwa drei Viertel der Auszubildenden (74,7 %) bei Ausbildungsbeginn jünger als 20 Jahre, 2011 nur noch 57,5 %. Dies ist auf eine Tendenz zu höheren allgemeinbildenden Schulabschlüssen und auf eine längere Verweildauer von Jugendlichen im Übergangssystem zurückzuführen. Das Durchschnittsalter der Auszubildenden bei Ausbildungsbeginn lag 2011 bei 19,5 Jahren.



Die berufliche Bildung nimmt im deutschen Bildungssystem eine wichtige Rolle ein. Sie umfasst die Ausbildung im dualen System, die vollzeitschulische Ausbildung und das Übergangssystem. Das duale System gilt dabei als „Flaggschiff“ des deutschen Bildungssystems und ist in nur wenigen Ländern so ausgebaut wie in Deutschland.

Es werden dort Fähigkeiten vermittelt, die für das Beschäftigungssystem von Bedeutung sind. Die Verzahnung von betrieblicher und schulischer Ausbildung erleichtert außerdem den Übergang von der Ausbildung in Beschäftigung.

Kennzeichnend für das duale System ist die parallele Vermittlung von theoretischem und praktischem Wissen. Dabei werden oft sehr spezifische Kompetenzen vermittelt, die zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit befähigen. Rund 60 % aller Jugendlichen entscheiden sich für eine Berufsausbildung im dualen System.

Das Berufsbildungssystem steht jedoch aufgrund des demografischen, wirtschaftlichen und technologischen Wandels vor großen Herausforderungen. Angesichts der steigenden Anforderungen und der damit verbundenen Diskussion sind Kennzahlen zur beruflichen Bildung von großem Interesse.

Diese und weitere statistische Kennzahlen, unter anderem zu den Themen schulische Vorbildung der Auszubildenden, am stärksten besetzte Ausbildungsberufe, Lösungsquote, Ausbildungsabsolventenquote und Ausgaben für die duale Ausbildung, werden in der Broschüre „Berufsbildung auf einen Blick“ dargestellt. Diese steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zum Download zur Verfügung.

2011 hatten 22 % der Anfänger einer beruflichen Ausbildung eine Studienberechtigung



Im Jahr 2011 starteten 741 000 Personen eine Berufsausbildung. Davon hatten 164 100 (22,1 %) zuvor bereits eine allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife erworben.

Von allen Anfängern einer Berufsausbildung hatte fast die Hälfte, nämlich 361 400 Personen (48,8 %), einen Realschulabschluss und 188 900 Personen (25,5 %) hatten einen Hauptschulabschluss. 19 600 (2,6 %) fingen 2011 eine berufliche Ausbildung an, obwohl ihnen der Hauptschulabschluss fehlte.

Im Übergangsbereich, der das Ziel hat, durch den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse oder auch durch das Nachholen eines Haupt- oder Realschulabschlusses die Chancen junger Menschen auf einen Ausbildungsplatz zu verbessern, wurden 284 900 Anfänger gezählt. Die meisten Anfänger, 150 900 Personen (52,9 %), besaßen bereits einen Hauptschulabschluss. 54 900 Anfänger (19,3 %) im Übergangsbereich hatten die allgemeinbildende Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. 70 000 junge Menschen (24,6 %), die 2011 ein Bildungsprogramm im Übergangsbereich begannen, hatten zuvor bereits einen Realschulabschluss und 4 700 (1,6 %) sogar eine allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife erworben.



Darüber hinaus setzten 492 700 Schülerinnen und Schüler 2011 ihre schulische Laufbahn im Sekundarbereich II fort, um eine Studienberechtigung zu erreichen. Außerdem begannen 522 300 junge Menschen 2011 ein Studium.

Detaillierte Ergebnisse zu Anfängern, aber auch zu Teilnehmern und Absolventen einer Ausbildung im Jahr 2011 bietet die Arbeitsunterlage [„Integrierte Ausbildungsberichterstattung“](#), die im Februar 2013 erstmals veröffentlicht wurde.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) das Projekt zur integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) bearbeitet. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Ziel der iABE ist es, das Ausbildungsverhalten von Jugendlichen im Anschluss an die Sekundarstufe I sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene vollständig und systematisch abzubilden.

Beschäftigung im Gesundheitswesen im Jahr 2011 um 1,8 % gestiegen

Zum 31. Dezember 2011 waren rund 4,9 Millionen Menschen in Deutschland und damit etwa jeder neunte Beschäftigte im Gesundheitswesen tätig. 2011 gab es rund 87 000 mehr Arbeitsplätze im Gesundheitswesen als 2010. Das entspricht einem Beschäftigungswachstum von 1,8 %.

Von den 4,9 Millionen Beschäftigten im Gesundheitswesen waren 43,9 % teilzeit- oder geringfügig beschäftigt. Die Zahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten, die so genannten Vollkräfte, lag im Jahr 2011 bei rund 3,7 Millionen. Sie erhöhte sich gegenüber 2010 um 59 000, das entspricht – wie bereits im Vorjahr – einem Anstieg von 1,6 %.

Diese und weitere gesundheitsbezogene Daten finden sich im [Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes](#).



Mehr Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen



Insgesamt waren zum Jahresende 2011 in den ambulanten Pflegediensten und Pflegeheimen 952 000 Personen beschäftigt. 2001 waren es 665 000 Beschäftigte. Dabei hat sich die Teilzeitbeschäftigung in den letzten zehn Jahren ausgeweitet: Lag der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten 2001 bei etwa 53 %, so war er 2011 auf 64 % angestiegen. Demgegenüber ist der Anteil der Vollzeitbeschäftigten in diesem Zeitraum von knapp 42 % auf 31 % gefallen. Die anderen Beschäftigten waren beispielsweise Auszubildende, Zivildienstleistende sowie Helferinnen und Helfer im freiwilligen sozialen Jahr beziehungsweise im Bundesfreiwilligendienst.

Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder seit Dezember 1999 zweijährlich durchgeführt. Ziel der Statistik ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Es werden daher Daten über die Pflegebedürftigen sowie über die Pflegeheime und ambulanten Dienste einschließlich des Personals erhoben.

Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen: Zum einen werden die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen befragt, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfänger von Pflegegeldleistungen.

Im Fachbericht [„Pflegestatistik 2011“](#) finden Sie Daten zu den Pflegebedürftigen und der Situation bei den Pflegediensten und in den Pflegeheimen.



Bruttoinlandsprodukt 2012

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahresdurchschnitt 2012 weiter gewachsen: Um 0,7 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr. Dies ergaben erste Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel kräftiger gestiegen (2010 um 4,2 % und 2011 um 3,0 %). Dabei handelte es sich aber um Aufholprozesse nach der weltweiten Wirtschaftskrise 2009.

„Im Jahr 2012 erwies sich die deutsche Wirtschaft dagegen in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld als widerstandsfähig und trotzte der europäischen Rezession“, sagte Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, auf einer Pressekonferenz am 14. Januar 2013 zum Bruttoinlandsprodukt. Allerdings habe sich die deutsche Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte deutlich abgekühlt.

Die Staatshaushalte waren im Jahr 2012 weiter auf Konsolidierungskurs: Der Staatssektor – dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – beendete das Jahr nach noch vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von 4,2 Milliarden Euro. Dabei reduzierte der Bund sein Defizit im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich, während die Gemeinden und vor allem die Sozialversicherungen wie schon im Jahr 2011 einen kräftigen Überschuss erwirtschafteten. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich daraus für den Staat eine Überschussquote von 0,2 %. Damit kann der Staat für 2012 erstmals seit 2007 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Am 14. Februar 2013 hat das Statistische Bundesamt erste Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das vierte Quartal 2012 sowie die überarbeiteten Ergebnisse für das Jahr 2012 veröffentlicht (nur BIP). Detaillierte Ergebnisse folgten am 22. Februar 2013.

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im Internet abgerufen werden. In der Fachserie 18 „[Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen](#)“, Reihe 1.4 „Erste Jahresergebnisse“ (Bestellnummer 2180140128004), stehen tiefer gegliederte Ergebnisse zur Verfügung. Diese und weitere Veröffentlichungen sind im [Internetangebot](#) des Statistischen Bundesamtes erhältlich. Ein ausführlicher Qualitätsbericht für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen findet sich unter www.destatis.de.



Die [Informationsbroschüre](#) „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Wichtige Zusammenhänge im Überblick“ verschafft interessierten Nutzern einen ersten Überblick über die Zusammenhänge und Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Das [Faltblatt](#) „Deutsche Wirtschaft“ zeigt einen kleinen Ausschnitt aus dem gesamten Veröffentlichungsprogramm.





„Made in the world“ – Internationale Handelsströme neu vermessen



Wer sind die wichtigsten internationalen Handelspartner einzelner Länder? Diese Frage wird üblicherweise anhand der grenzüberschreitenden Handelsströme beantwortet. Einen alternativen Blick auf die internati-

onale Arbeitsteilung erlaubt die Betrachtung globaler Wertschöpfungsketten (global value added chains), wie sie von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf der Basis von Input-Output-Tabellen vorgenommen wurde. Ein wichtiges Ergebnis der OECD ist, dass einige Schwellenländer für den internationalen Handel eine größere Bedeutung haben, als es die nach dem traditionellen Konzept erhobenen Außenhandelsdaten nahe legen. Auch relativieren die neuen Schätzungen der OECD die verbreitete Wahrnehmung einiger Länder – beispielsweise Chinas – als übermächtige Handelspartner.

Mehr Informationen liefert Ihnen das aktuelle [STATmagazin](#).



Arbeitsmarkt: Stabile Entwicklung in unsicheren Zeiten



STATmagazin

Angesichts eines im Vergleich zu den beiden Vorjahren schwierigeren wirtschaftlichen Umfeldes hat sich der Arbeitsmarkt 2012 in Deutschland als robust erwiesen und – gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen und

Erwerbslosen – insgesamt sehr positiv entwickelt. Nach ersten vorläufigen Berechnungen waren im Jahr 2012 in Deutschland 41,6 Millionen Menschen erwerbstätig – so viele wie nie zuvor. Im Vergleich zum Vorjahr errechnet sich ein Zuwachs um jahresdurchschnittlich 449 000 Personen (+ 1,1 %). Damit ist die Zahl der Erwerbstätigen im siebten Jahr in Folge gestiegen.

Die Zahl der Erwerbslosen nach internationaler Abgrenzung verminderte sich im Jahr 2012 um 184 000 Personen (– 7,4 %) auf 2,32 Millionen – dem niedrigsten Stand der Erwerbslosigkeit seit 1991. Daraus resultiert eine jahresdurchschnittliche Erwerbslosenquote von 5,3 %, mit der Deutschland auch im europäischen und internationalen Vergleich nach wie vor sehr gut abschneidet. Innerhalb Europas haben nach den Monatszahlen für November 2012 lediglich Österreich und Luxemburg geringere Erwerbslosenquoten vorzuweisen.

Weitere interessante Ergebnisse und einen Ausblick finden Sie in einem aktuellen Beitrag im [STATmagazin](#).

Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich?



STATmagazin

Seit über 15 Jahren liegt der Verdienstabstand zwischen männlichen und weiblichen Arbeitnehmern in Deutschland auf einem konstant hohen Niveau von über 20 %.

Auch im Jahr 2012 erzielten Frauen mit 15,21

Euro einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst, der um 22 % unter dem der Männer lag. Die verdienten nämlich durchschnittlich 19,60 Euro. Lesen Sie im [STATmagazin](#) mehr über die Gründe dafür, dass Frauen unverändert weniger verdienen als Männer.



Verbraucherpreisindex: Turnusmäßige Überarbeitung 2013



Alle fünf Jahre überarbeitet und aktualisiert die Verbraucherpreisstatistik ihre Berechnungsgrundlagen, führt ein neues Basisjahr ein und implementiert methodische Anpassungen. Zuletzt wurde im Frühjahr 2008 ein überarbeiteter Verbraucherpreisindex vorgestellt. Die Ausgabenstruktur privater Haushalte wurde seitdem rechnerisch konstant gehalten, somit weist die Teuerungsrate nur reine Preisveränderungen nach. Bei laufender Anpassung der Ausgabenstruktur würde die gemessene Preisentwicklung dagegen auch von Mengeneffekten beeinflusst. Daher wird beim nationalen Verbraucherpreisindex die Ausgabenstruktur bewusst nur alle fünf Jahre aktualisiert. Diese Aktualisierung war nun wieder fällig.

Der vorliegende Bericht „Turnusmäßige Überarbeitung des Verbraucherpreisindex 2013“ informiert über die Änderungen im Wägungsschema für Waren und Dienstleistungen vom Jahr 2005 auf das Jahr 2010 und damit über die Verschiebungen der Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte in Deutschland. Darüber hinaus wird erläutert, wie dem Wandel in den Einkaufsgewohnheiten der Konsumentinnen und Konsumenten – etwa der verstärkten Nutzung des Internet zum Einkaufen – Rechnung getragen wurde und welche methodischen Änderungen eingeführt wurden.

Trinkwasser wird überwiegend aus Grundwasser gewonnen



Die Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung erfolgt alle drei Jahre und stellt grundlegende Informationen zum Stand und zur Entwicklung der öffentlichen Trinkwasserversorgung für wirtschaftliche Analysen und Planungen bereit. Die Erhebung wird bei Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Unternehmen und anderen Einrichtungen, die Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung betreiben, durchgeführt. Sie dient dem regelmäßigen Überblick über die Wasserversorgung und den Gewässerschutz.

Im Jahr 2010 haben die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen in Deutschland etwa 5 Milliarden Kubikmeter Wasser gewonnen, von denen knapp 3,6 Milliarden Kubikmeter an Haushalte und Kleingewerbe abgegeben wurden. Bei dem gewonnenen Wasser handelte es sich überwiegend um Grund- und Quellwasser (70 %).

30 % der Trinkwasserversorgung erfolgte mit Oberflächenwasser. Dazu zählen See- und Talsperrenwasser (12 %), angereichertes Grundwasser (9 %) und Uferfiltrat (8 %). Äußerst geringe Bedeutung hatte Flusswasser mit einem Anteil von 1 %.

Regional variierte die Herkunft des Wassers für die öffentliche Trinkwasserversorgung stark. In Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und dem Saarland erfolgte fast die gesamte öffentliche Trinkwasserversorgung mit Grund- und Quellwasser. In Sachsen



hingegen trug Oberflächenwasser, das in diesem Bundesland größtenteils aus Seen und Talsperren stammt, mit 73 % zum gewonnenen Wasser bei.

Diese und weitere detaillierte Informationen über die Situation der öffentlichen Wassergewinnung und Wasserverwendung finden sich in der Fachserie 19, Reihe 2.1.1 „Öffentliche Wasserversorgung 2010“.

IKT-Branche in Deutschland: Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung, Ausgabe 2013



Im Zuge des Strukturwandels in den modernen Industriestaaten hin zur Dienstleistungsgesellschaft hat sich der schnelle und mobile Austausch von Informationen als maßgeblicher Wachstumsfaktor etabliert. Seit Mitte der 1990er Jahre prägen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) die Gesellschaft, sowohl im privaten sozialen Umfeld als auch in der Arbeitswelt. Computernetzwerke, Internet, digitale Datenübertragung, Mobilfunk und Satellitentechnik wirken in den täglichen Informationsfluss des Lebens ein und führen die Menschen auf neue Kommunikationswege, wie aktuell auch an der intensiven Nutzung von Social Media zu sehen ist.

Die Veröffentlichung „IKT-Branche in Deutschland: Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung“ steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) zum Download zur Verfügung.



Fachausschuss „Verkehrs- und Tourismusstatistiken“

Der Fachausschuss „Verkehrs- und Tourismusstatistiken“ wurde auf Beschluss des Statistischen Beirats vom 5. September 2012 durch Zusammenlegung der vormaligen Fachausschüsse „Verkehrstatistik“ und „Tourismusstatistik“ gebildet. Er tagte erstmals am 30. Januar 2013 in Wiesbaden.

Im Bereich „Verkehrstatistiken“ informierte das Statistische Bundesamt einleitend über neue Entwicklungen auf europäischer Ebene. Zurzeit vorbereitet wird eine Änderung der EU-Verordnung über die Eisenbahnstatistik. Änderungen der EU-Verordnungen für den Luftverkehr und die Binnenschifffahrt sind für Mitte 2013 geplant. Von Seiten der EU-Kommission bestehen zudem erweiterte Datenanforderungen zur Überprüfung der Erreichung ihrer verkehrspolitischen Ziele.

Das Verkehrstatistikgesetz, das zuletzt 2004 novelliert wurde, ist die wichtigste Rechtsgrundlage für Verkehrstatistiken in Deutschland. Das Statistische Bundesamt präsentierte sieben Vorschläge zur Anpassung dieses Gesetzes, die vor allem der Entlastung der Befragten dienen. Sie betreffen die Bereiche Eisenbahn, Personenverkehr mit Bussen und Bahnen sowie Binnenschifffahrt. Nach ausführlicher Diskussion unterstützt der Fachausschuss sechs der sieben Vorschläge uneingeschränkt und einen in abgeschwächter Form.

Das Statistische Bundesamt informierte über das aktuelle Datenangebot im Verkehrsbereich und über vorgesehene Erweiterungen. Angestrebt wird zudem, künftig GENESIS verstärkt als Veröffentlichungsmedium zu nutzen, vermehrt Veränderungsdaten in Veröffentlichungen nachzuweisen sowie die Kartendarstellung auszubauen. Auf Basis der ersten Diskussion im Fachausschuss wird das Statistische Bundesamt eine schriftliche Befragung zum Nutzerbedarf durchführen.

Im Bereich „Tourismusstatistiken“ lagen die thematischen Schwerpunkte bei den Ergebnissen einer Pilotstudie zur Anwendung innovativer, automatisierter Geheimhaltungsverfahren und der wieder eingeführten Erhebung des Merkmals „Gästezimmerauslastung“.

Die Diskussion zu den Ergebnissen der Pilotstudie konzentrierte sich zunächst auf methodische Aspekte. Schwerpunkt bildete dabei nicht das bekannte Verfahren der Zellsperre geheimzuhaltender Tabellenwerte – hier in der automatisierten Variante – sondern die relativ neue Methode, Tabellenwerte mit Zufallszahlen zu überlagern und zu runden.

Das Gremium interessierte sich unter anderem dafür, ob eine Deanonymisierung von Einzelangaben stets verhindert wird und inwieweit sich der Informationsgehalt der Tabellenwerte durch Anwendung des Verfahrens verändert. Die Frage der Nutzerakzeptanz spielte bei der Diskussion eine große Rolle, da die Tabellenwerte verändert werden. Die Nutzer sind es bisher gewohnt, dass die Ergebnisse entweder als unveränderte Originalangabe veröffentlicht oder im Geheimhaltungsfall komplett gesperrt werden. Das Statistikamt von Australien hat mit dem neuen Verfahren positive Erfahrungen machen können.

Das Statistische Bundesamt schilderte in einer Zusammenfassung die Vor- und Nachteile beider Geheimhaltungsverfahren mit dem Ziel, ein Meinungsbild des Gremiums aus Nutzersicht zu erhalten. Dieses Meinungsbild ist wichtig für zukünftige Entscheidungen zur Geheimhaltungsstrategie bei der Beherbergungsstatistik und ähnlich strukturierten Statistiken. Es zeigte sich, dass die Nutzer der Tourismusstatistik das Verfahren mit Zufallsüberlagerung ausdrücklich befürworten.



Mit Einführung der EU-Verordnung „Tourismusstatistiken“ im Jahr 2011 ist die Erhebung von Angaben zur Gästezimmerauslastung seit dem Berichtsjahr 2012 erneut Bestandteil der Monatserhebung im Tourismus. Vor einigen Jahren wurde die Befragung der Beherbergungsbetriebe über die Auslastung ihrer Gästezimmer ausgesetzt. Ziel war damals die Entlastung der Betriebe von dieser Auskunftspflicht im Rahmen der Initiativen zum Bürokratieabbau.

Einige Statistische Ämter der Länder wiesen darauf hin, dass die Erhebung dieses Merkmals sehr aufwändig und fehleranfällig ist. Dem Hotelverband Deutschland (IHA) und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) waren solche Schwierigkeiten bisher nicht bekannt. Das Statistische Bundesamt bat darum, dass die Verbände ihre Mitglieder auf die Problematik hinweisen mit dem Ziel, die Qualität der gelieferten Angaben zu verbessern.

Kontakt zur Redaktion

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

wir freuen uns über Ihre Meinung und stehen Ihnen bei Fragen oder Anregungen zu diesem Heft und seinen Beiträgen jederzeit gerne zur Verfügung. Bei allgemeinen Fragen zu den „Informationen aus der amtlichen Statistik“ erreichen Sie die Redaktion unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 45 51.

Bei Fragen zu einzelnen Fachbeiträgen, steht Ihnen der allgemeine Statistische Informationsservice unter der Rufnummer +49 (0) 611 / 75 24 05 oder über das Kontaktformular www.destatis.de/kontakt zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam

Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt

Im Zuge der IT-Konsolidierung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern wurde zum 1. Januar 2013 der IT-Betrieb des Statistischen Bundesamtes an die Bundesstelle für Informationstechnik (BIT) übertragen.

Abteilung C „Informationstechnik, Mathematisch-statistische Methoden“ wurde reorganisiert und um die IT-Aufgaben in den beiden Gruppen C 2 „IT-Management und Standards“ und C 3 „IT-Unterstützung des Geschäftsprozesses“ neu strukturiert.

Gruppe B3 wurde reorganisiert und umbenannt in „Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen, Online-Dienste“.

Die vollzogenen Änderungen im organisatorischen Aufbau des Statistischen Bundesamtes sind im angehängten Organisationsplan abgebildet.

Statistisches Bundesamt

Oberregierungsrätin Dorothee Ginter wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Leitung des Referats A 302 „Aufwandsermittlung, Kostenschätzung (Standort Wiesbaden)“ beauftragt.

Regierungsdirektor Dieter Schäfer, Leiter des Referats B 203 „Datenqualität, abteilungsübergreifende Methodenentwicklung, Wissenschaftskontakte“, wurde in das Referat D 306 „Methoden und Kommunikation in der Preisstatistik“ umgesetzt und mit der Leitung des Referats beauftragt.

Oberregierungsrat Thorsten Tümmeler, Leiter des Referats E 204 „Produktion der Industrie; Europäische „PRODCOM“-Statistik; Fachstatistiken“, wurde in das Referat B 203 „Datenqualität, abteilungsübergreifende Methodenentwicklung, Wissenschaftskontakte“ umgesetzt und mit der Leitung des Referats beauftragt.

Regierungsrat Jörg Enderer, Leiter des Referats F 205 „Erhebung und Aufbereitung von Mikrozensus und Arbeitskräftestichprobe“, wurde zum Oberregierungsrat ernannt.

Oberregierungsrätin Ute Walsemann, Leiterin des Referats G 101 „Gartenbau, Gemüse, Obst“, wurde dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) als Sachverständige zur Dienstleistung zugewiesen.

Oberregierungsrat Frank Schüller, Leiter des Referats H 204 „Forschung, Kultur, Berufsbildung“, wurde zu D 210 „Veröffentlichungen und Nutzerservice zum Arbeitsmarkt“ umgesetzt und mit der Leitung des Referats beauftragt.

Oberregierungsrat Dominik Asef, Leiter des Referats D 210 „Veröffentlichungen und Nutzerservice zum Arbeitsmarkt“, wurde zu H 204 „Forschung, Kultur, Berufsbildung“ umgesetzt und mit der Leitung des Referats beauftragt.

Oberregierungsrat Holger Breiholz, Leiter des Referats H 301 „Methodik der nationalen freiwilligen Haushaltserhebungen“, wurde in das Referat H 303 „Produktion, Aufbereitung der Ergebniserstellung“ umgesetzt und mit der Leitung des Referats beauftragt.

Oberregierungsrat Wolfgang Müller, Leiter des Referats F 303 „Kommunale Haushalte“, wurde mit Ablauf des Monats Januar 2013 in den Ruhestand versetzt.

Tagungskalender

Januar bis September 2013

Termin	Ort	
22. Januar	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
30. Januar	Wiesbaden	Fachausschuss „Verkehrs- und Tourismusstatistiken“
13. Februar	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
14. Februar	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
20. Februar	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
20./21. Februar	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
21./22. Februar	Bonn	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
5./6. März	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
12./13. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
13./14. März	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistik“
19.–21. März	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
26. März	Wiesbaden	Sondersitzung der Amtsleiterkonferenz / Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
8./9. April	Potsdam	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
9./10. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
9.–11. April	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
10./11. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“
10./11. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
16. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
17. April	Wiesbaden	Sondersitzung der Amtsleiterkonferenz / Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
17./18. April	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“

Tagungskalender

Januar bis September 2013

Termin	Ort	
17./18. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
22./23. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
23.–25. April	Hamburg	Ausschuss „Justizstatistik“
23.–25. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
24./25. April	Husum	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
25. April	Bonn	Referentenbesprechung „Nutzung von IKT in Unternehmen“
26. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
29. April	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Wahlstatistik“
6./7. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
6.–8. Mai	Halle/ Saale	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
7./8. Mai	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
14./15. Mai	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
23. Mai	Wiesbaden	Statistischer Beirat
4./5. Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechungen „Schulstatistik“ und „Berufsbildungsstatistik“
11.–13. Juni	Bonn	Referentenbesprechungen „Sozialhilfestatistik“ und „Wohngeldstatistik“
13./14. Juni	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegestatistik“
18./19. Juni	Hamburg	Arbeitskreis „Informationstechnik“
25./26. Juni	Bremen	Amtsleiterkonferenz
26. Juni	Bremen	Lenkungs-konferenz „Zensus 2011“
Juni	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“

Tagungskalender

Januar bis September 2013

Termin	Ort	
2. Juli	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
25. Juli	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
26./27. Juli	Bonn	Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“
12. September	Wiesbaden	Lenkungskonferenz „Zensus 2011“
17.–20. September	Berlin	Statistische Woche
19. September	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
23./24. September	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
25. September	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
September	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
September/ Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
September/ Oktober	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“

Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

**Übersicht über im Jahre 2012
verkündete statistische Rechtsgrundlagen**

**Sach- und Personenregister
zum Jahrgang 2012
der „Informationen aus der amtlichen Statistik“**

Sachregister Jahrgang 2012 der „Informationen aus der amtlichen Statistik“

Heft
Nr.

ALLGEMEINE BEITRÄGE

Tagungen

Statistisches Bundesamt

Statistischer Beirat	3
Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	1, 2, 4

Sonstige Tagungen im Inland

Statistische Woche 2012 in Wien	3
---------------------------------------	---

Internationale Organisationen

Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (AESS) ..	1, 2, 3, 4
43. Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen (UN)	1
Sitzung des ESS-Ausschusses und DGINS-Konferenz	3
Sitzung des OECD-Statistikausschusses	2
Konferenz Europäischer Statistiker (CES)	2

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

Jahresbericht 2011	1
Nachhaltige Entwicklung: Indikatorenbericht 2012	1
Geburten in Deutschland	1
Schulen auf einen Blick	1
Deutsch als Fremdsprache in den Ländern der Europäischen Union	1
Unfälle, Gewalt, Selbstverletzung bei Kindern und Jugendlichen	1
Aktuelles aus dem STATmagazin	1, 2, 3
Dauer eines Arbeitslebens in der Europäischen Union	1
Pflegestatistik – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Kreisvergleich	1
Regio-Stat-Katalog 2012	1
GENESIS-Online: 265 Millionen Werte	1
Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen	1
Länderprofil Indien	1
EU-Vergleich der Arbeitskosten und der Lohnnebenkosten für das Jahr 2011	2
Elterngeld: Erwerbstätigkeit von Frauen führt zu höherer Väterbeteiligung	2

10 Jahre GENESIS-Online	3
Qualität der Arbeit – neuer Indikatorenbericht	3
Gesamtkatalog 2012	3
Kennzahlenbroschüren: „Leicht verdaulich“ kommt gut an	4
Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt	4

Besuche beim Statistischen Bundesamt

Behördenleitertreffen beim Statistischen Bundesamt: Statistik ist bunter als zunächst gedacht	2
Ägyptische Präsidentschaftswahlkommission zu Besuch beim Bundeswahlleiter ...	2
Bundesminister des Innern besucht das Statistische Bundesamt	3
Ministerbesuch in Wiesbaden	3
Besuch aus dem BMI	4

Sonstiges

ditorial: Relaunch des Internetauftritts	1
Editorial: „Wo geht eigentlich unsere Reise hin?“	2
Interview mit Präsident Egeler zur Statistik-Kooperation und zum Besuch in der Mongolei	2
Neue EU-Statistik-Verordnung	2
Editorial: Relaunch des Statistischen Jahrbuchs	3
Editorial: Viel geschafft, aber noch nicht am Ziel...	4
Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt	1, 4

Beilage

Tagungskalender	1, 2, 3, 4
Übersicht über im Jahre 2012 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen	1
Sach- und Personenregister für den Jahrgang 2012 der Informationen aus der amtlichen Statistik	1
Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes	1, 2, 3, 4

INFORMATIONEN ZUM ZENSUS 2011

Informationen zum Zensus 2011	1, 2, 3
Schlanker, schöner und barrierefrei: Die neue Zensusseite ist online!	4

WAHLEN

Malaysische Delegation zu Informationsbesuch beim Bundeswahlleiter	1
Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag	2
Georgische Delegation zum Informationsbesuch beim Bundeswahlleiter	3

VERWALTUNG, BÜROKRATIEKOSTENMESSUNG

Sonstiges

Bürokratiekosten mit eigener rechtlicher Grundlage	1
Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten informiert sich über Bürokratiekostenmessung	2
Belastungsbarometer für Wirtschaftsstatistiken	3
Auf ein Wort: Leiter der Abteilung A – Jürgen Chlumsky.....	4

STRATEGIE UND PLANUNG, INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN, FORSCHUNG UND KOMMUNIKATION

Tagungen

Statistisches Bundesamt

Gerhard-Fürst-Preis 2012	4
--------------------------------	---

Sonstige Tagungen im Inland

Sponsorship Group „Standardisation“ tagte in Wiesbaden	4
Sitzung der Arbeitsgruppe für Regionalstatistik und ländliche Entwicklung.....	4

Sonstiges

Twining-Kooperationsprojekt mit Aserbaidschan endet erfolgreich	1
„Junge Statistiker“ zu Besuch in Wiesbaden	1
Auf ein Wort: Leiterin der Abteilung B – Sibylle von Oppeln-Bronikowski	2
Urban Audit-Sitzung	2
OECD WPTI-Workshop Measuring Well-Being“	2
6. INSPIRE-Konferenz	2
Diskussion auf SWR 2: Zahlenakrobatik – wie wir uns von Statistiken täuschen lassen	2
Hochrangiges Gremium der Versicherungswirtschaft zu Besuch	3

Twinningprojekt mit Mazedonien beginnt.....	3
Konsortialtreffen im Twinning mit Kasachstan	3
Leiter des chinesischen Statistikamtes zu Besuch.....	3
Leiter des türkischen Statistikamtes zu Besuch.....	3
Die G20 in Zahlen	3
Konferenz „10 Jahre Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder“	3
14. Tag der offenen Tür der Bundesregierung	3
Das Statistische Bundesamt auf der Messe MODERNER STAAT 2012 in Berlin	4
Das Statistische Bundesamt auf der ConSozial in Nürnberg	4
Amtsleiterbesuch aus den Niederlanden.....	4
Erster Besuch des namibischen Statistikamtes	4
Besuch aus der Republik Korea.....	4
Twinning-Projekt mit Mazedonien in Skopje vorgestellt	4
Twinning-Projekt mit Kasachstan gestartet	4
Wettbewerb für den IAOS-Preis eröffnet	4
Viertes Welt Forum der OECD in Neu-Dehli.....	4
21. Wissenschaftliches Kolloquium „Statistik im Lichte der Europäischen Banken- und Schuldenkrise“	4

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN, ARBEITSMARKT, PREISE

Tagungen

Statistisches Bundesamt

Fachausschuss „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“	2
Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	2, 4
Experten des IWH zu Gast in Wiesbaden	4
Sitzung der UNECE-Expertengruppe zur Messung von Qualität bezahlter Arbeit	4

Sonstiges

Bruttoinlandsprodukt 2011	1
Kaufkraftparitäten und vergleichende Preisniveaus in Europa	1
Konferenz zur Wohlfahrtsmessung bei der OECD	3

UNTERNEHMENSREGISTER, VERDIENSTE, INDUSTRIE, DIENSTLEISTUNGEN

Rechtsgrundlagen

EU-Verordnung über Statistiken zur Informationsgesellschaft	4
---	---

Sonstiges

Höhere Ergebnisqualität der Jahresehebungen im Handel und Gastgewerbe durch neue Software	3
Gender Pay Gap 2010	4

BEVÖLKERUNG, FINANZEN UND STEUERN

Sonstiges

Zuwanderung in Deutschland	1
Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes und von steuerlichen Vorschriften	2
Fachausschuss „Finanz- und Steuerstatistik“	2
Ausländische Bevölkerung im Jahr 2011	2
Deutsch-Chinesisches Projekt „Erwerbstätigenstatistik“ erfolgreich abgeschlossen	2
Nutzerkonferenz Steuerstatistik in Berlin	4

LANDWIRTSCHAFT, UMWELT, AUSSENHANDEL

Sonstiges

Umweltnutzung und Wirtschaft – Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2011	1
Anhebung der Meldeschwellen in der Intrahandelsstatistik	1
Fachausschuss „Agrarstatistiken“	2
Mehr Treibhausgas Schwefelhexafluorid in 2011 abgesetzt	2
Auf ein Wort: Leiterin der Abteilung G – Hannelore Pöschl	3
Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	4

GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG PRIVATE HAUSHALTE

Tagungen

Statistisches Bundesamt

Fachausschuss „Statistik im Gesundheitswesen“	3
Ausschuss Hochschulstatistik	4
Das Statistische Bundesamt trägt bei Konferenz der American Statistical Association vor	4

Sonstiges

Tagung „Pflege be(ob)achten“	1
Beschäftigte im Gesundheitswesen 2010	1
Gesundheitsausgaben 2010	2
Bericht „Bildung in Deutschland 2012“	2
Hochschulen auf einen Blick 2012	2
200 400 Promovierende im Wintersemester 2010/2011	2
Ausgaben für öffentliche Schulen 2009	2
Armutsgefährdung in den meisten Bundesländern Gestiegen	3
89 % der 3-Jährigen besuchen Kindergarten – Deutschland weit über OECD Durchschnitt	3
Von Arthritis bis Zahnvorsorgeuntersuchung: Neue Daten und Trends zur Gesundheit und Lebenssituation in Deutschland	3
Quote der Empfänger sozialer Mindestsicherung sinkt auf 8,9 %	4
Freie Träger wichtig für die Kindertagesbetreuung	4
Von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffene Bevölkerung 2011	4

Abkürzungen

AESS	= Ausschuss für das Europäische Statistische System
ALK	= Amtsleiterkonferenz
ALG FS	= Abteilungsleitungsgremium Fachstatistik
AsylbLG	= Asylbewerberleistungsgesetz
AWFZ	= Ausschuss für Währungs-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistik
BAKöV	= Bundesakademie für öffentliche Verwaltung
BDI	= Bundesverband der Deutschen Industrie
BEE	= Ernte- und Qualitätsermittlung
BGBL	= Bundesgesetzblatt
BITV	= Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung
BiB	= Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BIP	= Bruttoinlandsprodukt
BMBF	= Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	= Bundesministerium des Innern
BVG	= Bundesversorgungsgesetz
BWS	= Bruttowertschöpfung
CAPI	= Computer Assisted Personal Interviews
CBS	= Niederländisches Statistikamt
CES	= Konferenz Europäischer Statistiker
CPSA	= Ständiger Agrarstatistischer Ausschuss
CStat	= Center for statistical and Consulting
DARA	= Decentralised and Remote Access to Confidential Data in the ESS
DEGS	= Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland
DEGURBA	= Degree of Urbanisation
DGD	= Deutsche Gesellschaft für Demographie
DGINS	= Konferenz der Leiter der nationalen Statistischen Zentralämter
DG AGRI	= Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
DG REGIO	= Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung
DIME	= Direktorengruppe Methodik
DIW	= Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DIPF	= Deutsches Institut für internationale Pädagogische Forschung
DRG	= Diagnosebezogene Fallgruppen
DSP	= Dauerstichprobe
DStatG	= Deutsche Statistische Gesellschaft
EBE	= Ernte- und Betriebsberichterstattung
ECOSOC	= Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
EDS	= Europäischer Datenservice
EFTA	= Europäische Freihandelsassoziation
EHIS	= Europäische Gesundheitsumfrage
E-Learning	= Elektronisch unterstütztes Lernen
EMOS	= European Master in Official Statistics
ESPON	= European Planning Observation Network

ESS	= Europäisches Statistisches System
ESVG	= Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
ESZB	= Europäische System der Zentralbanken
EU	= Europäische Union
EU-SILC	= European Union Statistics on Income and Living Conditions
Eurostat	= Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
EZB	= Europäische Zentralbank
FAO	= Food and Agriculture Organization
FDZ	= Forschungsdatenzentrum
FRIBS	= Framework Regulation to integrate Business Statistics
FROCH	= Friends-of-the-Chair
FuE	= Forschung und Entwicklung
GAP	= Gemeinsame Agrarpolitik
GD	= Generaldirektion
GDP	= Gross Domestic Product
GDV	= Deutsche Versicherungswirtschaft
GEDA	= Gesundheit in Deutschland aktuell
GESIS	= Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim
GEOSS	= Global Earth Observation System of Systems
GFS-AB	= Government Finance Statistics Advisory Board
GIS	= Geographisches Informationssystem
GIZ	= Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GSBPM	= Generic Statistical Business Process Modell
GWP	= Global Warming Potential
HLG-BAS	= High-Level Group for Strategic Developments in Business Architecture in Statistics
HStatG	= Hochschulstatistikgesetz
IAOS	= International Association for Official Statistics
IKT	= Informations- und Kommunikationstechnologie
ILO	= International Labour Organization
IRIS	= Elektronisches Kodiersystem
INSPIRE	= Infrastructure for Spatial Information in Europe
ISCED	= Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen
ISI	= Internationales Statistisches Institut
IT	= Informationstechnik
IWH	= Institut für Wirtschaftsforschung Halle
KiGGS	= Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland
KMK	= Kultusministerkonferenz
KOM	= Europäische Kommission
KOSIS	= Kommunales Statistisches Informationssystem
KOSTAT	= Statistisches Amt der Republik Korea
LA Optiko	= Lenkungsausschuss Optimierte Kooperation
MDG	= Millennium Development Goals

MEETS	= Modernisierung der europäischen Unternehmens- und Handelsstatistik
MS	= Mitgliedstaaten
NUTS	= Klassifikation für Gebietseinheiten für die Statistik
NBS	= Nationales Statistikamt der Volksrepublik China
NSÄ	= Nationalen statistischen Ämter
OECD	= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖSG	= Österreichische Statistische Gesellschaft
PG	= Partnerschaftsgruppe
RKI	= Robert-Koch-Institut
SEEA	= System of Environmental Economic Accounting
SGB	= Sozialgesetzbuch
SiD	= Strukturhebung im Dienstleistungsbereich
SIMSTAT	= Single Market Statistics
SIS	= Italienische Statistische Gesellschaft
SSC	= Aserbaidshanisches Statistikamt
STC	= Steuerungsgremium
StM	= Staatsminister
SNA	= System of National Accounts
UGR	= Umweltökonomische Gesamtrechnungen
URS-Neu	= Unternehmensregistersystem Neu
UNECE	= United Nations Economic Commission for Europe
UN	= Vereinte Nationen
UNDP	= United Nations Development Programme
UNSD	= United Nations Statistics Division
UNStatCom	= United Nations Statistical Commission
VGR	= Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
VIP	= Vision Implementing Projects
WA	= Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik
WebSKM	= Datenbank für das Standardkostenmodell
WIEGO	= Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing
WiSta	= Wirtschaft und Statistik
WHO	= Weltgesundheitsorganisation
WPTI	= Working Party on Territorial Indicators
WZ	= Wirtschaftszweige

Personenregister zum Jahrgang 2012 der „Informationen aus der amtlichen Statistik“

Heft
Nr.

Statistischer Beirat

Böhne, Alexandra	1
Fuchs, Jürgen	3
Grevel, Franziska	3
Löcker, Petra.....	3
Reuter, Heidrun	3
Schütz, Alexander.....	1
Schweitzer, Walter.....	1
Weih, Claus.....	1

Statistisches Bundesamt

Bauer, Oliver.....	3
Baumann, Thomas.....	2, 4
Beuerlein, Irmtraud.....	1
Bleses, Peter	2
Brings, Stefan	1
Demant, Brigitte	4
Ehling, Manfred	4
Engelter, Marion	1, 2
Forster, Thomas	2
Glitz, Beate	1, 3
Glöckler, Wolfgang.....	1
Gude, Juliane.....	4
Günther, Roland	2
Halfpaap, Uwe	1
Hartmann, Roman.....	1
Hein, Birgit	1, 3
Herbertz, Heinz-Christoph.....	1
Kienle, Anke	1, 4
Koll, Simone	1
Kötz, Jürgen	2
Kühnen, Carola	2
Kühner, Andreas	1
Linz, Stefan	4
Macht, Aloisius.....	1
Nischalke, Simone.....	2

	Heft <u>Nr.</u>
Pfeiffer, Annette.....	2
Sacher, Matthias	4
Sarreither, Dieter	1
Schmidt, Bernd.....	1
Schrey, Ernst	1
Seewald, Hermann	4
Seibel, Steffen	2
Sturm, Roland.....	2
Schoer, Karl.....	2
Sommer, Kay	2
Spacek, Simone.....	2, 3
Stüber, Detlef	2
Veldhues, Bernhard	4
Vorgrimler, Daniel.....	2
Wallacher, Ludwig	4
Walter, Rudolf.....	1
Zwick, Markus	2

Statistische Ämter der Länder

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Barth, Gundula	1
Burger, Franz	4
Schmidt, Heike	4

Statistisches Landesamt Hessen

Büdinge, Andreas	4
Figgene, Christel.....	2, 4
Hohmann, Eckhart	2

Übersicht über die im Jahre 2012 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen ¹⁾

nationale Rechtsvorschriften

Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am
	am	im	(ggf. gültig bis)
Gesetz zur Neufassung des Erdölbevorratungsgesetzes, zu Änderung des Mineralöldatengesetzes und zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes vom 16. Januar 2012 <u>Artikel 2</u> Änderung des Mineralöldatengesetzes <u>Artikel 3</u> Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes	23.01.2012	BGBI. I S. 74	01.04.2012
Berichtigung der Bekanntmachung der Neufassung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes vom 7. Februar 2012	13.02.2012	BGBI. I S. 197	
Verordnung zur Festsetzung der Erhöhungszahl für die Gewerbesteuerumlage nach § 6 Absatz 5 des Gemeindefinanzreformgesetzes im Jahr 2102 vom 16. Februar 2012	01.03.2012	BGBI. I S. 308	01.01.2012
Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts vom 24. Februar 2012 <u>Artikel 5 Absatz 1</u> Änderung des Umweltschadensstatistikgesetzes	29.02.2012	BGBI. I S. 212	01.06.2012
Gesetz zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-Neuordnungsgesetz – LSV-NOG) vom 12. April 2012 <u>Artikel 13 Absatz 5</u> Änderung des Agrarstatistikgesetzes	18.04.2012	BGBI. I S. 579	01.01.2013
Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union vom 1. Juni 2012 <u>Artikel 5 Absatz 2</u> Änderung der AZRG-DV			

¹⁾ Soweit uns diese bekannt wurden und ohne Gewähr auf Vollständigkeit.

Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am
	am	im	(ggf. gültig bis)
Gesetz zur Einführung eines pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen (Psych-Entgeltgesetz – PsychEntgG) vom 21. Juli 2012, <u>Artikel 1</u> Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes <u>Artikel 3</u> Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes	25.07.2012	BGBL. I S. 1613	01.01.2013
Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs vom 10. September 2012 <u>Artikel 1</u> Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes	17.09.2012	BGBL. I S. 1878	18.09.2012
Bekanntmachung der Neufassung des Achten Buches Sozialgesetzbuch vom 11. September 2012	26.09.2012	BGBL. I S. 2022	
Bekanntmachung der Neufassung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes vom 8. Oktober 2012	18.10.2012	BGBL. I S. 2126	
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (Pflegeneuausrichtung-Gesetz – PNG) vom 23. Oktober 2012 <u>Artikel 1</u> Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch <u>Artikel 10</u> Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes	29.10.2012	BGBL. I S. 2246	30.10.2012
Verordnung über statistische Erhebungen zu Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Gesundheitsproblemen im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union vom 23. Oktober 2012	29.10.2012	BGBL. I S. 2265	01.01.2013
Verordnung zur Aussetzung und Ergänzung von Merkmalen nach dem Verdienststatistikgesetz (Verdienststatistikverordnung 2012 – VerdStatV 2012) vom 2. November 2012	07.11.2012	BGBL. I S. 2277	01.01.2013, außer Kraft 30.06.2014
Drittes Gesetz zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften vom 9. November 2012 <u>Artikel 1</u> Änderung des Wohngeldgesetzes	15.11.2012	BGBL. I S. 2291	01.01.2013

Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am
	am	im	(ggf. gültig bis)
Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung und anderer Gesetze vom 5. Dezember 2012 <u>Artikel 1</u> Änderung der Gewerbeordnung	11.12.2012	BGBI. I S. 2415	12.12.2012
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 5. Dezember 2012	13.12.2013	BGBI. I S. 2466	01.01.2014
Gesetz zur Änderung des Mikrozensusge- setzes 2005 vom 14. Dezember 2012	19.12.2012	BGBI. I S. 2578	20.12.2012
Gesetz zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 20. Dezember 2012 <u>Artikel 1</u> Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	27.12.2012	BGBI. I S. 2783	01.01.2013, Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe e bis i und Nummer 11 bis 22 am 01.01.2015.
Drittes Gesetz zur Neuregelung energie- wirtschaftlicher Vorschriften vom 20. De- zember 2012 <u>Artikel 3</u> Änderung des Energiestatistikge- setzes	27.12.2012	BGBI. I S. 2730	28.12.2012
Gesetz zur Änderung des AZR-Gesetzes vom 20. Dezember 2012 <u>Artikel 1</u> Änderung des AZR-Gesetzes	27.12.2012	BGBI. I S. 2745	01.09.2013, Artikel 1 Nummer 20 28.12.2012

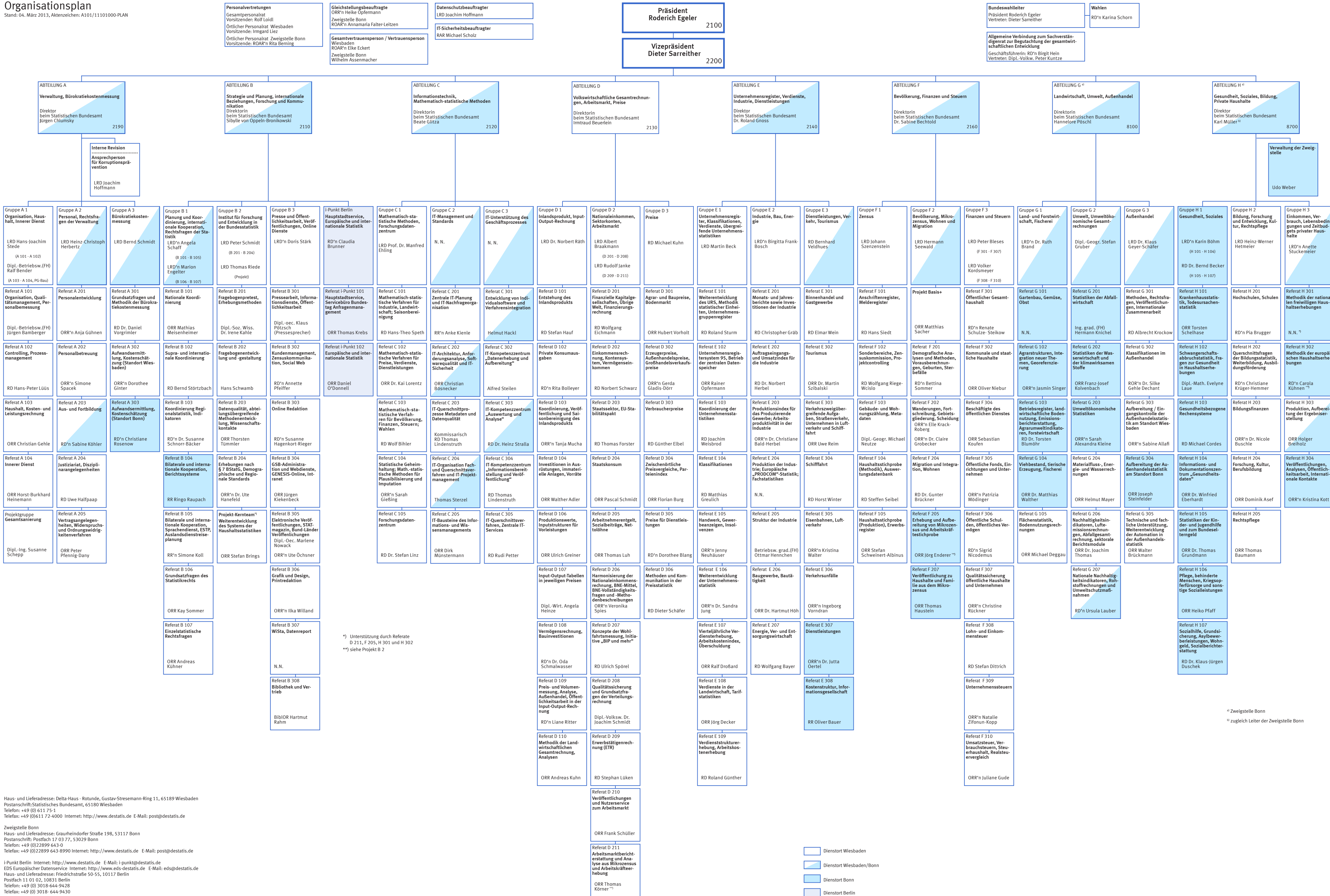
SECONDARY COMMUNITY LEGISLATION RELATING TO STATISTICS ADOPTED IN 2012

1. [Commission Decision 2012/20/EU](#) of 6 January 2012 laying down the rules and procedures related to experts in national accounting assisting the Commission in accordance with Council Regulation (EC) No 479/2009 on the application of the Protocol on the excessive deficit procedure annexed to the Treaty establishing the European Community.
OJ L 6, 10.1.2012, p. 10–11
2. [Regulation \(EU\) No 70/2012 of the European Parliament and of the Council](#) of 18 January 2012 on statistical returns in respect of the carriage of goods by road. (1)
OJ L 32, 3.2.2012, p. 1–18
3. [Council Decision 2012/42/EU](#) of 24 January 2012 appointing the Chairperson of the European Statistical Governance Advisory Board
OJ L 24, 27.1.2012, p. 11–11
4. [Council Decision 2012/59/EU](#) of 24 January 2012 appointing three members of the European Statistical Governance Advisory Board.
OJ L 30, 2.2.2012, p. 17–17
5. [Commission Regulation \(EU\) No 62/2012](#) of 24 January 2012 implementing Regulation (EC) No 1177/2003 of the European Parliament and of the Council concerning Community statistics on income and living conditions (EU-SILC) as regards the 2013 list of target secondary variables on well-being. (1)
OJ L 22, 25.1.2012, p. 9–15
6. [Commission Delegated Decision 2012/186/EU](#) of 3 February 2012 amending Directive 2009/42/EC of the European Parliament and of the Council on statistical returns in respect of carriage of goods and passengers by sea. (1)
OJ L 101, 11.4.2012, p. 5–14
7. [Commission Decision 2012/200/EU](#) of 18 April 2012 amending Decision 2004/452/EC laying down a list of bodies whose researchers may access confidential data for scientific purposes. (1)
OJ L 108, 20.4.2012, p. 37–39
8. [Commission Regulation \(EU\) No 461/2012](#) of 31 May 2012 amending Council Regulation (EC) No 1165/98 concerning short-term statistics and Commission Regulations (EC) No 1503/2006, (EC) No 657/2007 and (EC) No 1178/2008 as regards adaptations related to the removal of the industrial new orders variables. (1)
OJ L 142, 1.6.2012, p. 26–29
9. [Commission Implementing Decision](#) 2012/337/EU of 22 June 2012 granting a derogation from Regulation (EU) No 1337/2011 of the European Parliament and of the Council concerning European statistics on permanent crops with regard to the Federal Republic of Germany and the French Republic.
OJ L 165, 26.6.2012, p. 94–94
10. [Commission Regulation \(EU\) No 555/2012](#) of 22 June 2012 amending Regulation (EC) No 184/2005 of the European Parliament and of the Council on Community statistics concerning balance of payments, international trade in services and foreign direct investment, as regards the update of data requirements and definitions.
OJ L 166, 27.6.2012, p. 22–66

11. [Commission Decision 2012/504/EU](#) of 17 September 2012 on Eurostat
OJ L 251, 18.9.2012, p. 49-52
12. [Commission Regulation \(EU\) No 907/2012](#) of 20 August 2012 establishing for 2012 the 'Prodcom list' of industrial products provided for by Council Regulation (EEC) No 3924/91. (1)
OJ L 276, 10.10.2012, p. 1-276
13. [Commission Implementing Regulation \(EU\) No 995/2012](#) of 26 October 2012 laying down detailed rules for the implementation of Decision No 1608/2003/EC of the European Parliament and of the Council concerning the production and development of Community statistics on science and technology. (1)
OJ L 299, 27.10.2012, p. 18-30
14. [Commission Implementing 2012/691/EU Decision of 6 November 2012](#) on granting derogations from Regulation (EU) No 691/2011 of the European Parliament and of the Council on European environmental economic accounts with regard to the Kingdom of Spain, the French Republic, the Republic of Cyprus, the Republic of Malta, the Republic of Austria and the Republic of Poland.
OJ L 308, 8.11.2012, p. 23-24
15. [Commission Regulation \(EU\) No 1046/2012](#) of 8 November 2012 implementing Regulation (EC) No 1059/2003 of the European Parliament and of the Council on the establishment of a common classification of territorial units for statistics (NUTS), as regards the transmission of the time series for the new regional breakdown.
OJ L 310, 9.11.2012, p. 34-35
16. [Commission Regulation \(EU\) No 1083/2012](#) of 19 November 2012 implementing Regulation (EC) No 808/2004 of the European Parliament and of the Council concerning Community statistics on the information society. (1)
OJ L 321, 20.11.2012, p. 33-51

Organisationsplan

Stand: 04. März 2013, Aktenzeichen: A101/11101000-PLAN



Haus- und Lieferadresse: Delta-Haus - Rotunde, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden
 Postanschrift: Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
 Telefon: +49 (0) 611 75-1
 Telefax: +49 (0) 611 72-4000 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
 Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
 Postanschrift: Postfach 17 03 77, 53029 Bonn
 Telefon: +49 (0) 22899 643-0
 Telefax: +49 (0) 22899 643-8990 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

I-Punkt Berlin Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: i-punkt@destatis.de
 EDs Europäischer Datenservice Internet: <http://www.eds.destatis.de> E-Mail: eds@destatis.de
 Haus- und Lieferadresse: Friedrichstraße 50-55, 10117 Berlin
 Postfach 11 01 02, 10831 Berlin
 Telefon: +49 (0) 3018-644-9428
 Telefax: +49 (0) 3018-644-9430

- Dienstort Wiesbaden
- Dienstort Wiesbaden/Bonn
- Dienstort Bonn
- Dienstort Berlin

* Zweigstelle Bonn
 ** zugleich Leiter der Zweigstelle Bonn